

# Arbeiter-Zeitung

Donnerstag, 12. Dezember 1929  
11. Jahrg. Nummer 289

Preis: wöchentlich 0,60 M., monatlich 2,00 M., Einzelnummer 10 Pf.  
Durch die Post bezogen monatlich 2,50 M., unter Streifenhand 3,00 M.  
Kunstpreis: Die zehnspaltige Millimeterzeile oder deren Raum 12 Pf., Vereins- und Versammlungsanzeigen 6 Pf. Mellem-  
preis: Die dreispaltige Millimeterzeile oder deren Raum im Text  
10 Pf. — Schluss der Inseratenannahme in der Haupt-Expedition  
1 Uhr; in den Filial-Expeditionen am Tage vorher bis spätestens 18 Uhr.

**für Schlesien und Oberschlesien**  
**Organ der KPD, Sektion der 3. Internationale**  
**Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern“**  
Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet)

Haupt-Expedition: Breslau 10, Kreuzstr. 50, Tel. 860 29.  
Filial-Expeditionen: Breslau 244, Woblasten: Breslau, Kreuzstr.  
Straße 50, Tel. 239 02. Sprechst. der Redaktion von 12—18.  
Montags bis Freitags von 17—18 Uhr. Filial-Expeditionen:  
Gleiwitz, Oberstr. 26, Tel. 4085; Oppeln, Kdaberstr. 11, Tel. 1354;  
Görlitz, Runtz 6, Tel. 2884. Geschäftszeit: 9—19 Uhr. Vertriebs-  
Hauptverlag: Breslau, Erfolgeort Breslau. — Verlag: Schief. Ver-  
lagsgesellschaft, mbH., Bresl. — Druck: „Neubau“, Fil. Breslau, Kreuzstr. 50.

## Aufrüstung zum chemischen Krieg!

### Enthüllungen in der französischen Kammer über die deutsche Reichswehr Wahnsinniges Wettrüsten / Hauptfeind ist die Sowjetunion!

Breslau, 11. Dezember.  
Zurzeit wird in der französischen Kammer der Militäretat  
beraten. Dieser beträgt in Frankreich die wahnsinnige Summe von  
8,45 Milliarden Franken, und zusammen mit den Ausgaben für die  
Gendarmarie sogar 12 Milliarden; er übersteigt bei weitem den  
„zivilen“ Haushalt. Bezeichnend für die Wettrüstung der imperialisti-  
schen Staaten war der Umstand, daß als Begründung der erhöhten  
Militärausgaben in Frankreich die Rüstungen in den  
anderen Staaten angeführt wurden. Ueber Deutschland  
führte der Berichterstatter u. a. folgendes an, was von der  
„zuständigen Stelle in Berlin“ selbstverständlich abgestritten wird:  
„Die tatsächliche Lage in Deutschland aber ist wesentlich ver-  
schieden von dem, was man auf Grund der rechtlichen internationalen  
Grundlage vorangegangenen annehmen könnte. Einerseits scheint  
das deutsche Oberkommando dem chemischen Krieg ein ganz  
besonderes Interesse entgegenzubringen; andererseits fabriziert und  
verkauft die deutsche Industrie, die in Verbindung mit dem  
Heere arbeitet, chemische giftige Erzeugnisse und  
Materialien, die für den chemischen Krieg bestimmt sind. Es handelt

sich offenbar nicht um eine Fabrikation in großem Ausmaß, aber  
immerhin ist sie so, wie sie betrieben wird, ein unwiderleglicher Beweis  
für die Tätigkeit der Laboratorien und der geistigen Einstellung der  
zivilen und militärischen Chemiker und Ingenieure. Sind diese  
Aktivität der Laboratorien und diese Orientierung der Forschungen  
nicht das offenkundige Symptom einer Vorbereitung auf einen  
eventuellen chemischen Krieg?“

Der Berichterstatter untersuchte dann den Haushalt der deutschen  
Reichswehr und wies insbesondere auf die Übungen der Reichswehr  
mit „Rebelligen“ hin. Auch behauptete er, daß die industrielle  
Tätigkeit Deutschlands auf den chemischen Krieg eingestellt sei. Be-  
sonders kämen hierbei die beiden deutschen Fabriken Minimag,  
Berlin und Stolzenberg-Samburg in Frage.

Wohl sind die Ausführungen des Berichterstatters in der fran-  
zösischen Kammer aus durchaus imperialistischen Beweg-  
gründen getan worden. Trotzdem zeigen sie mit aller Deutlichkeit,  
mit welchen Mitteln die Imperialisten den in bedrohliche Nähe ge-  
rückten Krieg führen wollen. Wir kommen auf die Frage noch  
zurück.

### Der Berliner Korruptionssumpf

Berlin, 11. Dezember. Ebenso wie der Berliner Skandal-  
standal hat sich der neue Skandal mit der Berliner Brennstoffge-  
sellschaft schwerwiegend herausgestellt, als man vor den Kommunal-  
wahlen annahm. Heute wurde der Stadtobrigingenieur Wilhelm  
Moellerke ernst verhaftet. Moellerke hat als Angehöriger  
des Bezirksamtes Stealich betrübliche Vornahmen mit der  
Direktion der Berliner Brennstoffgesellschaft getroffen, und den Wert  
Sieglich um etwa 17 000 Mark geschädigt. Der Betrug ist nur er-  
möglicht worden durch die uniauberen Wachenhaftigkeit der Direktion der  
Brennstoffgesellschaft, die bekanntlich unter Leitung des Sozialistischen  
Kritik steht.

### Die Spaltung bei den Deutschnationalen

Berlin, 11. Dezember. Die aus der deutschnationalen Reichstags-  
fraktion ausgetretenen Abgeordneten haben sich zu einer Deut-  
schnationalen Arbeitsschmiede zusammengeschlossen  
und am Dienstag ihre konstituierende Sitzung abgehalten. Die Wahl  
des Vorsitzenden ist noch nicht erfolgt, doch wird zweifellos  
Trebitz aus Vorstehender gewählt werden.  
Die „Hilfflichen“ Gewerkschaftsführer Balthus, Rudolph  
Haberer, Blum und Balthus sind aus der Deutschnationalen  
Volkspartei ausgetreten.

### Niederlage der Regierungstruppen bei Kanton

Kanton, 11. Dezember. Die chinesischen Regierungstruppen  
haben etwa 100 Kilometer von Kanton eine schwere Nieder-  
lage erlitten. Die Truppen Tchangkaimeis schlugen die  
Regierungstruppen und machten mehr als 1000 Gefangene. Durch  
diese Niederlage der Regierungstruppen ist die Befreiung Kantons  
durch die Truppen Tchangkaimeis in bedrohliche Nähe gerückt. Alle  
verfügbaren chinesischen Truppen wurden auf Kanton zusammen-  
gezogen, um es vor einem Angriff durch Tchangkaimeis zu schützen.

### Der Wohnungsbau soll vollkommen gedrosselt werden

Berlin, 11. Dezember. Während im Plenum des Reichstages die  
in wochenlangen Sitzungen beraten Richtlinien zum Wohnungsbau  
zur Debatte stehen, die zur Tauschung der Wohnungsnot abgefaßt  
worden sind, wurde am Dienstag im Wohnungsausschuß von allen  
Seiten festgestellt, daß die Finanzierung des Wohnungsbaues nicht  
nur gefährdet, sondern vollkommen unmöglich ge-  
macht wird. Regierungsrat Bötz stellte fest, daß die Schwierig-  
keiten bei den Spartassen, Gelder für den Wohnungsbau zu beschaffen,  
gewachsen sind, und daß bei den Sparbüchlein 15 bis 20 Prozent  
weniger Kapital verfügbar wird. Die Städte, die bisher 400 bis  
600 Millionen Mark an Anleihen zum Wohnungsbau aufnahmen,  
hätten eine so hohe schwebende Schuld, daß sie keine weiteren  
Mittel für den Wohnungsbau aufnehmen könnten.  
Die Städte seien gezwungen, zur Konsolidierung der städtischen Fi-  
nanzen auf die Mittel der Spartassen in den nächsten sechs Monaten  
zurückzugreifen.

Dazu kommt, daß die Rückflüsse aus der Hauszinssteuer trotz der  
Richtlinien des Wohnungsausschusses für den Wohnungsbau keine  
Verwendung finden. Im preußischen Haushaltsplan werden von  
12,5 Millionen Rückflüssen aus der Hauszinssteuer 2,2 Millionen  
für Staatsbeamtenhäuser und 10,5 Millionen Mark zur Tilgung der  
Staatsschulden verwendet.

Diese Tatsachen zeigen die Gründe auf, welche trotz der glän-  
zenden Witterungsverhältnisse seit September die Bautätigkeit ein-  
geschränkt wurde und das Heer der arbeitslosen Bauarbeiter ver-  
größert wurde. Die Hoffnungen auf Besserung der Wohnungsnot  
sind also völlig illusorisch. Das, was wir immer gesagt haben, trifft  
zu: die kapitalistische Gesellschaft kann das Problem des Wohnungs-  
elends nicht lösen.

### Strafantrag im Stolberg-Prozess

Telephonischer Bericht unseres Sonder-Berichterstatters A. R.  
Soeben hat der Staatsanwalt sein Plädoyer beendet. Er be-  
antragte gegen Christian Stolberg wegen fahrlässiger Tötung  
ein Jahr drei Monate Gefängnis unter Anrechnung der  
Untersuchungshaft. (Da Meldung nach Redaktionsschluss, ausführ-  
licher Bericht morgen.)

Explosion in einer spanischen Pulverfabrik  
Madrid, 11. Dezember. In einer Pulverfabrik in Oviedo wurden  
durch Explosion fünf Arbeiter getötet und mehrere Arbeiter und  
Arbeiterinnen schwer verletzt.

## Zuchthausgesetz vorm Strafrechtsausschuß

(Eig. Bericht.) Berlin, 11. Dezember.

Der Strafrechtsausschuß begann gestern mit der Beratung  
des Zuchthausgesetzes. Die Kommunisten beantragten zu An-  
fang, eine Generaldebatte zuzulassen. Während sonst  
schon auf Antrag einer Fraktion diese Generaldebatte ohne  
weiteres stattfindet, ließen jetzt die Mehrheitsparteien gegen  
diese selbstverständliche Forderung Sturm. Es war ausgerech-  
net der „linke“ Kurt Rosenfeld, der noch vor kurzem im „linken“,  
„Klassenkampf“ das Zuchthausgesetz als ein Stück schlimmsten  
Klassengesetzes gebrandmarkt hatte, der sich zum Wortführer  
der Mehrheit gegen die Generaldebatte machte. Die Genossen  
Stoedter, Pieu und Alexander wiesen demgegenüber  
darauf hin, wie notwendig die Generaldebatte sei, um die  
Schändlichkeit des Gesetzeswurfes vor den werktätigen Massen  
aufzuzeigen. Während der Debatte ließ Sebering eine Denks-  
schrift, die die politischen Notwendigkeiten des Gesetzes dar-  
stellt, verbreiten. Genosse Stoedter beantragte mit Rück-  
sicht auf die Verteilung der Denkschrift im letzten Moment und  
diesem Versuch einer Ueberrumpelung des Ausschusses die Ver-  
tagung, damit die Fraktionen Gelegenheit hätten, auf die Be-  
hauptungen zu erwidern. Dieser Antrag wurde, ebenso wie der  
Antrag auf Zulassung der Generalausprache, mit den Stimmen  
der „linken“ Sozialdemokraten unter Führung des „linken“  
Herrn Rosenfeld abgelehnt.

Ebenso verfielen weitere Anträge der Kommunisten, An-  
träge, deren Annahme sonst selbstverständlich ist, der Ableh-  
nung. In der Ausprache zum § 1 des Gesetzes wandte sich der  
Genosse Alexander aufs schärfste gegen die verspätete Vor-  
legung der Denkschrift. Die Denkschrift hätte schon deshalb  
früher vorgelegt werden können, weil sie keine politischen Ge-  
danken enthalte, sondern nur aus der Zusammenstüppelung  
unkontrollierbarer Polizeiberichte bestehe. Genosse  
Alexander wies in diesem Zusammenhang darauf hin, daß die  
Polizeiberichte, die Sebering seinem Verbot des Roten Front-  
kämpferbundes beigefügt hat, in den Gerichtsverhandlungen  
ipäter sich fast alle als unwarhaft herausgestellt hätten. Genau  
so sei es mit den politischen Aussagen nach dem 1. Mai gewesen,  
und ebenso werde es sich mit den Polizeiberichten dieser Denks-  
schrift, die jetzt Sebering an Stelle einer politischen Begründung  
vorgebracht habe, herausstellen.

Nur ein einziger Grund, so erklärte Genosse Alexander,  
sei für das Gesetz maßgebend, den Sebering selbst vorgebracht  
habe, nämlich, daß im Zusammenhang mit der Durchführung  
des Young-Planes die Staatsgewalt mit schärferen Waffen  
ausgestattet werden müsse.

Das bedeute, daß Sebering den Hunger mit dem Gummi-  
knüttel und Zuchthaus stillen wird. Bemerkenswert sei, daß  
wieder einmal ein sozialistischer Minister sich zum Wortführer  
der Unterdrückungspläne der Trustkapitalisten mache. Genosse  
Alexander ging dann noch auf juristische Einzelheiten des Ge-  
setzes ein.

In der nächsten Sitzung am Mittwoch wird Genosse Pieu  
die Polizeimärchen der Denkschrift widerlegen.

### Kommunistischer Misstrauensantrag gegen die Reichsregierung

Berlin, 11. Dezember. (Eig. Bericht.) Die kommunistische  
Reichstagsfraktion hat beschlossen, zu der bevorstehenden Ausprache  
über die Finanz- und Steuerpolitik der Reichsregierung neben einem  
besonderen Misstrauensvotum gegen den Finanzminister Hilferding  
einen allgemeinen Misstrauensantrag gegen das Reichskabinett ein-  
zureichen.

### Heute Hochverratsprozeß gegen die „Arbeiter-Zeitung“

Breslau, 11. Dezember.

Vor dem Vierten Strafsenat des Reichsgerichts in Leipzig beginnt  
heute vormittag 9,30 Uhr der Hochverratsprozeß gegen die „Arbeiter-  
Zeitung“. Unter Anklage stehen neun Artikel unserer Zeitung, die  
in der Zeit von Dezember 1928 bis August 1929 erschienen  
sind und die Genosse Dombrowski verantwortlich gezeichnet hat.

Der Oberreichsanwalt hat — wie wir bereits Montag berichtet  
haben — mit viel, aber blinde, Eifer alles zusammengetragen,  
um gegen die „Arbeiter-Zeitung“ „Material“ hergeholt zu werden.  
Ueber den Prozeß, der ganz in der Linie der neuen Terrorwelle gegen  
die revolutionäre Arbeiterschaft liegt, werden wir morgen berichten.  
Vielleicht ist zur Stunde, da wir diese Zeilen schreiben, das Urteil  
längst fällig und fertig, wenn auch noch nicht ausgesprochen.

Die Verteidigung des Genossen Dombrowski hat Genosse  
Landtagsabgeordneter Dbusch übernommen.

### Vom Tage

Der Bundesrat hat am Dienstag das Verfassungsge-  
setz einmütig (!) endgültig verabschiedet.

Die Fraktionsberatungen über den Finanzplan Hilferding  
werden größtenteils am Mittwoch fortgesetzt werden. Zentrum und  
Demokraten haben sich zu ihm und ausgesprochen. Die Bayerische  
Volkspartei hat das Finanzprogramm abgelehnt, und auch in der  
Sitzung der Deutschen Volkspartei ist zum Ausdruck gekommen, daß  
das Programm in der „vorliegenden Form“ kaum die Zustimmung  
der Fraktion der Deutschen Volkspartei finden werde.

Der griechische Staatspräsident Konduriotis ist zurüd-  
getreten. Am Sonnabend wird die Neuwahl stattfinden.

Der Riesenbrand im New Yorker Filmatelier hat zehn Todesopfer  
gefordert.

Die anhaltenden Stürme haben in England große Ueber-  
schwemmungen zur Folge gehabt.

Auf einer Tagung des Provinzialkongresses in Madras wurde  
eine Entschließung angenommen, die sich gegen die englischen Vor-  
schläge in der indischen Verfassungsfrage richtet.

# „Weltende Terrorgesetze genügen nicht“

## Severing begründet sein Kommunistengesetz

Im Strafrechtsausschuss des Reichstages ließ Severing eine schriftliche Begründung für sein Kommunistengesetz verteilen, die mit folgendem Satze schließt:

„Das Gesetz ist aber unentbehrlich, weil die naturgemäß langsam reifenden Wirkungen der staatlichen Auf-  
bauarbeit nicht abgewartet werden können und die Bestimmungen des geltenden Straf-, Vereins-, Versamm-  
lungs- und Presserechts wie auch die auf einen Dauerzustand eingestellten Bestimmungen der entsprechenden  
Entwürfe in dieser erregten Zeit nicht ausreichen. (1) Der akuten Erkrankung muß sofort mit Mitteln ent-  
gegengetreten werden, die eine weitere Ausdehnung erschweren.“ (1)

Diese Worte müssen sich in die Hirne der Arbeiter ein-  
brennen. Severing hat offen gesprochen. Die bestehenden  
Klassengesetze gegen die Arbeiterklasse genügen nicht. Un-  
genügend ist, daß 5000 Jahre Fuchthaus und Gefängnis durch  
das frühere Republikergesetz verhängt worden sind. Un-  
genügend sind die ungeheuren Verbote gegen die KPD-Presse,  
ungenügend sind die brutalen Sammelkassellattaden, Versamm-  
lungszwängungen, ungenügend das Rotfront-Verbot, un-  
genügend die Schließung der Polizei, ungenügend die  
33 Tote Zögels am 1. Mai. Diese offene Sprache Severings  
muß auch den letzten Arbeiter zur brutalen Wirklichkeit auf-  
wachen, muß ihm zeigen, daß der Sozialfaschismus nichts weniger  
als die Ausrottung der revolutionären Bewegung plant. Am  
Weges der Arbeiter, am Sturm, der durch die Betriebe geht,  
an der Kampfentschlossenheit der Arbeiter wird es liegen, wann  
das Fuchthausgesetz in Stücke gerissen und seine Urheber zum  
Teufel gejagt werden.

Und darum erst recht: Scharf auch um die kommunistische  
Partei, die als einzige den Kampf gegen die planmäßige Ver-  
elendung der Arbeiter durch den Young-Plan kämpft. Darum  
erst recht opfermutigste Verteidigung der KPD-Presse und  
Werbung neuer Lesender von Lesern und Abonnenten. Darum  
erst recht hinhin in die KPD!

Gleich zu Beginn der Strafrechtsstimmung wurde der Antrag  
der KPD-Fraktion, eine Generaldebatte zuzulassen, von den

Regierungsparteien abgelehnt. Ausgerechnet der „linke“ Kurt  
Rosenfeld, der noch vor kurzem im „Klassenkampf“ das  
Republikergesetz als ein Stück schlimmsten Klassengesetzes ge-  
brandmarkt hatte, machte sich zum Wortführer gegen die General-  
debatte. In scharfen Reden geißelte die Genossen Stoecker,  
Pieß und Alexander den Versuch der Durchschickung, ohne  
daß der KPD-Fraktion die Gelegenheit gegeben wird, die ganze  
Schändlichkeit des Gesetzesentwurfes der Arbeiterklasse auch im  
Reichstag aufzuzeigen. Während der Debatte ließ Severing  
eine Denkschrift verteilen, in der er vollkommen klar beweist,  
daß dies Gesetz lediglich gegen die revolutionäre Arbeiterklasse  
gerichtet ist. An der Spitze seiner Denkschrift schreibt Henker  
Severing, dessen Parteigenosse Peus den Kommunisten mit  
Bajonetten drohte:

„Das Verhalten der KPD-Fraktion des Reichstages an-  
fänglich der ersten Lesung des Republikergesetzes am 4. De-  
zember 1929 hat dem hohen Hause einen lehrreichen Anschauungs-  
unterricht über diese Aktionsmethoden übermittelt.“ (1)

Es folgt dann eine Aufzählung von verschiedenen Zu-  
sammenstößen, hauptsächlich zwischen Kommunisten, Reichs-  
bannerträgern und Faschisten, wobei sich Severing ängstlich be-  
müht, die Schuld an diesen Zusammenstößen der KPD zuzu-  
schreiben. Ein Fingerzeig dafür, wie Severings Republikergesetz  
in Zukunft Faschisten und Reichsbanner-Kollaboranten  
vor den Fäusten der Arbeiterklasse zu schützen gedenkt!

# Zörgiebel rüstet zum Bürgerkrieg

## Konzentration der Polizeikräfte in Berlin — Zuerst in den Arbeiterbezirken Die Polizei zieht die Lehren aus der Wahl

Wie die „Vossische Zeitung“ erfährt, beabsichtigt das Ber-  
liner Polizeipräsidium im Einverständnis mit dem preussischen  
Innenminister, die bisher bestehenden 20 Berliner Polizeiamter  
auf 11, später auf 8 zusammenzulegen. Diese Umorganisa-  
tion soll bereits am 1. Januar in Kraft treten und zwar  
zuerst in Neukölln, wo das Polizeiamt mit Treptow zusamen-  
gelegt wird. Weiter sollen die Polizeiamter von Friedrichshagen  
und Nichtenberg, ferner von Schöneberg und Wilmersdorf  
zusammengelernt werden. Der Plan dieser Umorganisation be-  
steht schon seit längerer Zeit und sollte ursprünglich erst dann  
in Angriff genommen werden, wenn auch die städtische Verwal-  
tung die Einteilung in die 20 Bezirksämter aufgeben würde.  
Jetzt hat man sich dazu entschlossen, die Umorganisation der  
Berliner Polizei unabhängig davon bereits am 1. Januar  
durchzuführen.

So harmlos diese Mitteilung klingt, hat sie doch einen  
 eminent politischen Sinn und gibt für die Berliner Arbeiter-  
klasse allen Anlaß, sich mit den wahren Beweggründen dieser  
Umorganisation zu beschäftigen. Die Tatsache, daß dieser Plan  
kurz nach den Kommunalwahlen veröffentlicht wird, und daß  
man ihn zuerst im roten Neukölln, weiterhin im Friedrichshagen  
und an verschiedenen anderen Stellen der Stadt durchführen will,  
zeigt, daß es sich hier um eine direkte Auswertung des Wahl-  
ergebnisses durch Zörgiebel vom Standpunkte der Vorbereitung  
des Bürgerkriegs gegen die Berliner Arbeiterklasse und der  
Wiederholung des Berliner Mairubades in größerem Maßstab  
handelt. Dafür spricht auch, daß sich Zörgiebel in dieser Frage  
ausdrücklich des Einverständnisses des preussischen Polizei-  
ministers, seines Parteigenossen Erzgrünitz, versichert hat.

Diese Umstellung ist nur eine Fortsetzung der Maßnahmen,  
die Zörgiebel gleich nach dem Berliner Blutmai in denjenigen  
Polizeiamtern durchführte, bei denen er glaubte, eine gewisse  
Unzuverlässigkeit der Polizeibeamten im Kampfe gegen das revo-  
lutionäre Berliner Proletariat festgestellt zu haben. Damals

wurden bekanntlich eine ganze Anzahl von Polizeiwagen in  
ihrem Personalstand vollständig erneuert und zwar durchweg  
durch solche Beamte, die sich bei Demonstrationen und ähnlichen  
Anlässen durch besondere Brutalität gegen die Arbeiter aus-  
zeichneten. Selbstverständlich wird Herr Zörgiebel diesen politi-  
schen Sinn seiner Organisationsmaßnahmen bestreiten. Er  
wird, wie das die „Vossische Zeitung“ bereits andeutet,  
als offizielle Begründung „Sparrückichten“ anführen. Die Ar-  
beiterklasse wird darauf nicht hereinfallen. Sie wird angeführt  
der Tatsache, daß die Bourgeoisie und ihre sozialfaschistischen  
Kettenhunde gerade in den roten Arbeiterbezirken die Lehren  
aus den Kommunalwahlen in der Richtung verschärfter Bürger-  
kriegsmaßnahmen ziehen, ihrerseits für die Auswertung des  
Wahlergebnisses im Sinne des revolutionären Klassenkampfes  
sorgen.

# KPD.-Antrag auf 5-Uhr-Ladenschluß von SPD. und Nazis niedergestimmt

## Nur am Weihnachtsvorabend 5-Uhr-Ladenschluß — Allein die Kommunisten kämpfen für die Angestellten

Nachdem zu Beginn der gestrigen Reichstagsstimmung der aus  
der DDBP. ausgetretene Abgeordnete Treviranus die Bil-  
dung der deutschen nationalen Arbeitsgemeinschaft bekanntgegeben  
hatte, wurde der Gesetzesentwurf zum 5-Uhr-Ladenschluß am Weih-  
nachtsvorabend behandelt.

Soimann (SPD.): Nur die Kommunisten und Sozial-  
demokraten haben sich im Ausschuss bedingungslos für den 5-Uhr-  
Ladenschluß erklärt. Die anderen Parteien sind auseinander-  
gefallen. Schließlich fand man eine Einigung dergestalt, daß  
Lebensmittelgeschäfte bis 6 Uhr geöffnet bleiben.

Kleieberger (Deutschnat.) erklärt, der Regelung nicht zu-  
stimmen zu können, da sie sich gegen den Mittelstand richte  
(Stürmische Jurufe). Auch der Zentrumsabgeordnete Eller be-  
tont, daß ein Teil seiner Fraktion die Vorlage ablehnt.

Der kommunistische Redner, Genosse Torgler, brachte er-  
gänzendes Material über die namenlos schlechte Entlohnung  
der Angestellten und die Ueberforderung ihrer Arbeitszeit. Er  
verlas einige Briefe von Angestellten, in denen die grauenvollen  
Arbeitsbedingungen vor allem in den Warenhäusern mitgeteilt  
werden. Wir sind davon überzeugt, daß die ein oder zwei  
Stunden Arbeitszeitverlängerung am Vorabend des Weihnacht-  
abends nichts ändern, denn

Ihr viele Geschäftsinhaber werden die Angestellten zwin-  
gen, auf die Mittagszeit zu verzichten. Wir Kommu-  
nisten nehmen die Forderungen der freien An-  
gestelltenvereinigungen an und beantragen den  
5-Uhr-Ladenschluß vor allen Sonn- und  
Feiertagen. (Beifall bei den Kommunisten.)

In dem Arbeitszeitgesetz, auf das der Arbeitsminister die An-  
gestellten verweist, ist keinerlei Veränderung der Arbeitszeit  
zugunsten der Angestellten enthalten. Den Vertretern der Wir-  
tschaftspartei und den übrigen bürgerlichen Fraktionen kommt es  
nur darauf an, die Angestellten bis zum Weihnachtstage auszu-  
behalten. Es geht den Herrschaften nicht an Zeit, sondern um not-  
wendigen Falls, um genügend einzunehmen. (Sehr richtig!) Bei den  
Kommunisten. Ihr Angestellter dürft euch nicht mit Notem

# Polizeipräsidium-Spitzelzentrale in Berlin

Das „private“ Detektivbüro des Herrn Bachrach  
Polizeipräsidium zufolge hat das Berliner Po-  
lizeipräsidium in dem ehemaligen Chef der politischen Poli-  
zei in Warschau, Daniel Bachrach, die Erlaubnis erteilt,  
in Berlin ein privates Detektivbüro zu errichten. Dieses Büro  
soll eine Reihe ehemaliger Beamter der Warschauer politischen  
Polizei aufnehmen.

Daniel Bachrach war vor einigen Jahren durch den  
großen Skandal im Zusammenhang mit enthüllten Erpressun-  
gen, Bestechungen und anderen kriminellen Vergehen in der  
Warschauer politischen Polizei kompromittiert. Die polnische Re-  
gierung sah sich damals gezwungen, diesen Herrn aus dem Dienst  
zu entlassen. Heute erscheint er in der Rolle des Leiters  
eines privaten (?) Detektivbüros in Berlin.

Wir haben allen Grund, anzunehmen, daß das Büro des  
Herrn Bachrach absolut keine „privaten“ Funktionen hat. Es  
handelt sich um nichts anderes als um eine kaum verhüllte  
Zentrale der polnischen „Defensive“ (politische Poli-  
zei), die auch im Ausland die polnischen, weißrussischen, ukraini-  
schen, oberösterreichischen und andere Emigranten bespioniert und  
die politische Stimmung unter der polnischen Wirtschaftsemi-  
gration in Deutschland kontrollieren soll.

Die Herren Erzgrünitz und Zörgiebel verweigern  
jedem ausländischen Emigranten, der unter dem Verdacht poli-  
tischer Tätigkeit steht, das Asylrecht. Aber dieselben Herren lassen  
es zu, daß die politische Polizei der faschistischen Regierung  
Polens legal ihr Wesen in Berlin treibt.

Wie man sieht, enthält also das Wohlkommen der deutschen  
und polnischen Bourgeoisie, das mit einem Liquidierungsver-  
trag eingeleitet wurde, eine geheime Klausel, die sich auf die  
Zusammenarbeit des deutschen Sozialfaschismus mit dem  
polnischen Faschismus im Kampf gegen den „inneren Feind“  
bezieht.

# Düsseldorfer Knecht Nieftroy verhaftet

## Die unfähige Polizei tappt immer noch im Dunkeln

Düsseldorf, 10. Dezember. Nach vielen Wochen vergeblicher  
Suche hat die unfähige Polizei endlich in der Nacht vom Dien-  
stag den Knecht der Stindermühle, Georg Nieftroy, in  
einem Obdachlosenasyl in Rowawes festgenommen.

Bekanntlich verließ Nieftroy plötzlich am Tage nach dem  
Verschwinden der ermordeten Maria Hahn seinen Dienst in der  
Stindermühle und begab sich auf Wanderschaft, die ihn über  
Hannover, Halberstadt, Brandenburg, Potsdam nach Rowawes  
führte. Die Polizei knüpft an die Verhaftung Nieftroys große  
Hoffnungen, trotzdem die Belastungsmomente gegen ihn auf  
äußerst schwacher Grundlage aufgebaut sind. Das plötzliche  
Verschwinden aus dem Dienst erklärt er damit, daß er nur  
8 Mark pro Woche (!!) Lohn erhielt und infolgedessen aus Un-  
zufriedenheit den Dienst aufgab. Die Polizei hofft trotzdem,  
wenigstens einiges Licht auf das Geheimnis um die Ermordung  
der Maria Hahn werfen zu können, weil diese längere Zeit  
mit einem Mann in der Stindermühle am Tage ihres Ver-  
schwindens gesehen hat. Sie erwartet daher, daß Nieftroy zu-  
mindestens über die Person des Begleiters der Hahn nähere  
Angaben machen kann. Bisher ist Nieftroy noch nicht ver-  
nommen worden, und es scheint, als ob die Polizei in der Auf-  
klärung der Mordfälle noch ebenso im Dunkeln tappt, wie bis-  
her. Die Verhaftung Nieftroys soll von ihrer Unfähigkeit etwas  
ableiten.

# Belgischer Arbeiterzug verunglückt

## Bisher 18 Tote, 48 Verwundete

Brüssel, 12. Dezember. Bei der Einfahrt in den Bahnhof  
Ramus entgleiste heute früh ein Zug. Bisher wurden  
18 Tote und 48 Verwundete beklagt.

Der entgleiste Zug war sehr stark mit Arbeitern besetzt.  
In voller Geschwindigkeit sprang die Maschine aus dem Gleis  
und stürzte um. Die folgenden vier Wagen, die in Belgien für  
derartige Züge (!) sehr leicht gebaut sind, schoben sich in-  
einander. Drei Wagen wurden völlig zertrümmert.

Die Ursache des Entgleisens der Lokomotive ist noch nicht  
klar. Daß aber das Unglück einen solchen Umfang an-  
nehmen konnte, liegt zweifellos an der betriebsunfähigen Bauart  
der Wagen für Arbeiterzüge, die mit verbotener Leichtfertigkeit  
von der Eisenbahnverwaltung im Betrieb gehalten bzw. in Dienst  
gestellt werden.

Und mag auch der technische Grund, der zum Unglück führte,  
noch nicht festgestellt sein, sicher ist, daß Maßnahmen zur Vermeidung  
solcher Eisenbahnunfälle zu einer Vernachlässigung der Instand-  
haltung sowohl des Eisenbahnunterbaus und der Schienen und  
Wagen als auch des rollenden Materials (wie der schon er-  
wähnten Wagen und der Maschinen) geführt haben.

Da sich das Unglück in unmittelbarer Nähe des Bahnhofs  
abspielte, waren die hier wartenden Reisenden Augenzeugen  
der einzelnen Vorgänge, die sich abspielten. Sie sahen, wie  
im Moment der Entgleisung der Lokomotive die vier ersten  
Wagen mit lautem Krachen und Krätzen ineinanderstießen!  
Aus den Trümmern drangen schreckliche Hilferufe und das per-  
sönliche Schreien und Stöhnen der Verletzten.

# Proletarische Intervention!

## Riesen-Protstkundgebung gegen das Eingreifen der USA. gegen die Sowjetunion

New York, 12. Dezember. (Apresler.) Hier fand eine  
von über 2000 Arbeitern besetzte Versammlung statt, um gegen  
die drohende Stimmlosigkeit gegen die Sowjetunion zu protestieren.  
Auf der Versammlung, die unter der Leitung „Schlicht die  
Sowjetunion!“ stattfand, sprachen die Vertreter der Angehörigen  
im Sekretariat und einzelne Arbeiter. Für den 13. Dezem-  
ber sind sechs weitere Versammlungen zur Mobilisierung gegen  
die Kriegsgefahr angesetzt.

Toronto, 7. Dezember. In Toronto ist ein Streik der Straßen-  
bahner wegen Lohnabregelungen ausgebrochen. Bisher kreisen  
dreihundert. Der Straßenbahnverkehr wird nur durch Streik-  
brecher notdürftig aufrechterhalten.

## Die neuen Bestimmungen über die Sperrfristen

Von Friedrich Gill, Mitglied des schlesischen Landes-Erwerbslosenausschusses

In einem einleitenden Artikel zur Veröffentlichung der 4. Novelle des Arbeitslosenversicherungsgesetzes schreibt der Ministerialrat im Reichsarbeitsministerium, Dr. Bernhard Lehfeldt, folgende Sätze:

„Man fand ferner die Ansprüche, die die Volkswirtschaft an die Arbeitslosen zu stellen berechtigt ist, im Gesetz zu schwach betont, die Interessen der Arbeitslosenvermittlung gegenüber der Arbeitslosenunterstützung zumeist vernachlässigt. Bedenken wegen der Rückwirkung auf die Arbeitsmoral wurden erhoben.“

Diese Sätze befragen in aller Deutlichkeit, worum es bei der ganzen „Reform“ der Arbeitslosenversicherung eigentlich in der Hauptsache ging: Die Inanspruchnahme von Mitteln des Reiches im Winter dieses Jahres durch die Reichsanstalt war nur der äußere Anlaß, um den Abbau der Arbeitslosenversicherung einzuleiten. In Wirklichkeit aber galt es, einen Druck auszuüben auf die Arbeiterschaft, um sie willfähriger und gefügiger zu machen, Verschlechterungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen ohne Widerstand hinzunehmen. Ihren Ausdruck fand diese Tendenz in der Verschärfung der Bestimmungen über die Sperrfristen. Sperrfristen sind bekanntlich die Zeiten, für die es keine Arbeitslosenunterstützung gibt, wenn die Arbeit freiwillig aufgegeben oder eine zugewiesene Arbeit nicht angenommen worden ist. Bisher betrug die Dauer einer solchen Sperrfrist vier Wochen. Nach den neuen Bestimmungen kann sie, besonders im Wiederholungsfall, auf acht Wochen verlängert werden. Sie kann aber auch auf zwei Wochen verringert werden, „wenn die Lage des Falles eine mildere Beurteilung rechtfertigt“. Diese letzte „Vergünstigung“ bedeutet aber nichts Neues, da die Spruchauschüsse schon in den meisten Fällen eine Verkürzung der Sperrfrist auf zwei Wochen vornehmen, obwohl eigentlich eine gänzliche Streichung der Sperrfrist erfolgen müßte. Man steht in diesem Falle also wieder, wie dem Erwerbslosen unter allen Umständen seine Unterstützung vorenthalten werden soll.

Damit ist aber die Reihe der Verschärfungen noch nicht erschöpft. Vollkommen neu ist die Bestimmung, daß die Sperrfrist erst endet spätestens sechs Monate nach ihrem Beginn. Während früher die Sperrfrist erlosch, wenn irgendeine Arbeit angenommen wurde, so läuft die Sperrfrist während dieser Arbeit weiter, denn der § 93b Absatz 2 sagt hierüber folgendes:

„Die Sperrfrist läuft nur an Tagen, für die der Arbeitslose sonst Arbeitslosenunterstützung erhalten würde und für die er seiner Meldepflicht genügt. Einem solchen Tage stehen drei Tage gleich, an denen er in einer versicherungspflichtigen oder versicherungsfreien Beschäftigung gefaßt hat, wenn diese Beschäftigung mindestens zwei zusammenhängende Wochen gedauert hat.“

Das ist eine ungeheuerliche Verschärfung der Bestimmungen über die Sperrfristen. Um eine Sperrfrist von acht Wochen durch Arbeit zu tilgen, muß man 24 Wochen hintereinander arbeiten, also nahezu eine neue Anwartschaft erwerben. Hat man weniger als zwei Wochen hintereinander gearbeitet, dann gilt diese Arbeitszeit nicht.

Die Sperrfristen richten sich in erster Linie gegen den Klassenbewußten Arbeiter, der nicht zu jedem beliebigen Lohn und beliebiger Arbeitszeit eine Arbeit annimmt, sondern der für seine Arbeit auch den entsprechenden Lohn verlangt. Ihm soll durch diese ins ungeheure verschärften Bedingungen das Rückgrat gebrochen werden. Aber das wird nie und nimmer dem Unternehmertum und seinen gehorhamen Helfershelfern, den sozialdemokratischen Ministern, gelingen.

Diese Tatsachen sind den sozialdemokratischen Arbeitern vor die Augen zu halten und sie sind zu fragen, wie sie sich mit diesem „Abwehrriegel“ ihrer Genossen Minister und Reichstagsabgeordneten zufrieden sind. Das sind die Früchte sozialdemokratischer Koalitionspolitik, die auch in der Erwerbslosenfürsorge deutlich das Einschwenken der sozialdemokratischen Führer in die faschistische Front zeigen.

## Landes-Erwerbslosen-Konferenz für Schlesien

Am Sonnabend, den 14. und Sonntag, dem 15. Dezember, findet in Breslau die Landes-Erwerbslosenkonzferenz für Schlesien statt. Die Tagesordnung dieser Konferenz lautet:

1. Bericht von dem Reichstongreß der revolutionären Gewerkschaftsopposition und der Reichs-Erwerbslosenkonzferenz sowie die nächsten Aufgaben.
2. Die neuen gesetzlichen Bestimmungen und ihre Auswirkungen für die Erwerbslosen.
3. Anträge und Wahlen.

Das Tagungsort ist das Restaurant „Goldener Läch“, Ursuliner Straße. Tagungsbeginn: Sonnabend um 14 Uhr, Sonntag um 8 Uhr.

Jeder Delegierte hat einen Konferenzbeitrag von 1,50 M. zu entrichten, muß aber außerdem einen Ausweis über seine Wahl mitbringen. Die Meldung der Delegierten hat umgehend zu erfolgen, damit für Nachtquartier gesorgt werden kann. — Adresse ist: Landes-Erwerbslosenausschuß Schlesien, bei Daniel, Breslau 10, Lehndamm 37.

Landes-Erwerbslosenausschuß Schlesien.

## Landgericht gegen Erwerbslosenausschuß

### Kollege Weise-Berlin zu sieben Monaten Gefängnis verurteilt!

In Moabit wurde in der zweiten Instanz ein Landfriedensbruchspruch verhandelt, der auf Grund von verschiedenen Zwischenfällen, die sich Anfang dieses Jahres auf dem Neutöllner Arbeitsnachweis ereigneten, angehängt worden war.

Der Genosse Weise, der in dieser Zeit Vorsitzender des Neutöllner Erwerbslosenausschusses war, wurde des schweren Landfriedensbruchs und des Hausfriedensbruchs angeklagt. In der ersten Instanz wurde der Genosse Weise wegen dieser Delikte zu sieben Monaten Gefängnis verurteilt. In der Urteilsbegründung des damals gefällten Urteils finden sich folgende klassische Formulierungen: „Der Begriff der Gewalttätigkeit verlangt nicht, daß eine Verletzung von Personen stattgefunden hat ... Wenn auch eine unmittelbare Einwirkung auf den Körper des Zeugen Kentwich nicht erfolgt war ...“

In diesen Worten der Urteilsbegründung wird ausdrücklich festgestellt, daß eine Gewaltanwendung nicht vorgenommen wurde. Trotzdem wurde Genosse Weise verurteilt.

In der Berufungsverhandlung schilderte Genosse Weise ausführlich die Vorgänge auf dem Neutöllner Arbeitsnachweis. Die Ausführungen des Genossen Weise vermittelten ein anschauliches Bild über die auf der Nachweisen und Zahlstellen in Neutölln herrschenden Verhältnisse. Stundenlang mußten die Arbeitslosen auf zugigen Plätzen warten, ehe sie abgeholt werden. Um Zwischenwände zu ziehen, ist kein Geld da. Der Aufseher Schandau — die Neutöllner Erwerbslosen fügen zwischen die beiden Buchstaben b und a noch ein s, um charakteristischer zu bezeichnen — behandelte die Frauen in einer widerlichen und arroganten Art. Von den Worten holte dieser Dursche die Frauen herunter, wenn er vermutete, daß Zigaretten geraucht wurden. Die traurigen Zustände, die auch von dem Stadtrat Jabel (SPD), der als Zeuge vor Gericht auftrat, zugegeben werden mußten, führten dazu, daß der Erwerbslosenausschuß von den Arbeitslosen Neutöllns in starkem Maße in Anspruch genommen wurde.

Täglich hatte der Ausschuß 10—20 Beschwerdefälle zu behandeln.

Den sozialdemokratischen Größen in der Erwerbslosenfürsorge in Neutölln fiel die Tätigkeit des Erwerbslosenausschusses auf die Nerven. Weise, den Vorsitzenden des Erwerbslosenausschusses, ver-

## Wie begrüßen den Reichstongreß

Ein Erwerbsloser schreibt uns: Die Lage der Erwerbslosen verschlechtert sich von Tag zu Tag. Ein planmäßiger Kampf der Bourgeoisie gegen die Arbeiterschaft wird geführt.

Durch verstärkte kapitalistische Nationalisierungsmaßnahmen des Unternehmertums vergrößert sich die Zahl der Erwerbslosen immer mehr.

Die Unternehmer steigern die Ausbeutung der Arbeiter in den Betrieben. Durch Verlängerung der Arbeitszeit, Beschleunigung des Arbeitstempes und niedrige Löhne der Arbeiter wird der Profit erhöht, während andererseits das Lebensniveau der Arbeiter sich immer mehr verschlechtert.

Die durch diesen Verelendungskurs sich auslösenden Kämpfe sollen durch „Schlichtungs“-methoden gehemmt werden. Wenn sie dennoch ausbrechen, so sollen die Erwerbslosen als Reservearmee gegen die kämpfenden Arbeiter benutzt werden!

Darum wird eine Verschlechterung nach der anderen in der Erwerbslosenfürsorge von der Bourgeoisie und den sie stützenden Parteien durchgeführt, wobei die Sozialdemokratie und die ihr angehörenden reformistischen Gewerkschaftsführer eine besonders gefährliche arbeitserfindliche Rolle einnehmen.

suchte man auf alle Fälle unmöglich zu machen. Im Februar d. J. bekam er ein Schreiben vom Arbeitsamt, in dem ihm das Betreten der Nachweise und Zahlstellen in Neutölln in einer provokatorischen Form untersagt wurde.

Die Arbeitslosen forderten jedoch immer wieder das Erscheinen des Genossen Weise, da sie von ihm wußten, daß er stets ihre gerechten Forderungen vertrat. Am 26. März erschien im Arbeitsamt eine Delegation von 50 Arbeitslosen, die nochmals über die Mißstände mit dem Arbeitsamt verhandeln wollte.

Der Stadtrat Jabel, der ausgesprochene Typ eines vollgefressenen Bürokraten, der längst seine Tätigkeit im Betrieb verlassen hat, ließ die Polizei rufen, bei deren Erscheinen es angeblich zu den Zwischenfällen kam, die zur Anklage führten. Die Anklage wurde von SPD-Deuten erhoben, und sämtliche Belastungszeugen, die auftraten, waren Mitglieder der SPD. Mit Recht bemerkte der Genosse Weise vor Gericht, daß die Erhebung der Anklage ihre Ursache in der parteipolitischen Einstellung der Kläger und Zeugen hat.

Nach langer Beratung kam das Gericht zu dem Beschluß, die Berufung zu verwerfen. Es bleibt also bei der unerhörten Strafe von 7 Monaten Gefängnis, bei dreijähriger Bewährungsfrist.

## Die Verlängerung der Wartezeiten

F. Z. Unter den Veränderungen, die die „Reform“ der Arbeitslosenversicherung mit sich gebracht hat, fallen die Änderungen in den Wartezeiten ins Auge. Während es früher nur eine gleiche Wartezeit für alle Erwerbslose gab, hat man nun drei verschiedene Wartezeiten geschaffen, um die Erwerbslosen auch hier gegeneinander auszuspielen. Es beträgt nach § 110b die Wartezeit

1. für Arbeitslose, die das 21. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, keine zuschlagsberechtigten Angehörigen haben und in die häusliche Gemeinschaft eines anderen aufgenommen sind . . . . . 14 Tage
2. für Arbeitslose ohne zuschlagsberechtigte Angehörige, wenn sie das 21. Lebensjahr vollendet haben oder nicht in die häusliche Gemeinschaft eines anderen aufgenommen sind, und für Arbeitslose mit bis zu drei zuschlagsberechtigten Angehörigen . . . . . 7 Tage
3. für Arbeitslose mit vier oder mehr zuschlagsberechtigten Angehörigen . . . . . 3 Tage.

Besser stehen sich nach der Neuregelung die letzten Kategorien, doch ist das noch keine eigentliche Besserstellung, da damit nur der Zustand wiederhergestellt worden ist, wie er vor dem Inkrafttreten des Arbeitslosenversicherungsgesetzes bestand. Ganz erheblich haben sich die bei Eltern oder sonstigen Angehörigen vorhandenen Jugendlichen unter 21 Jahren verschlechtert, denn sie müssen nunmehr eine Wartezeit von 14 Tagen durchmachen.

Auch die Bestimmungen über den Wegfall der Wartezeit bei Krankheit usw. haben sich geändert, natürlich zumungunsten der Arbeitslosen. Die Wartezeit verkürzt sich im Falle Nr. 1 auf sieben Tage, im Falle Nr. 2 auf drei und fällt gänzlich weg im Falle Nr. 3, wenn die Arbeitslosmeldung im unmittelbaren Anschluß an

- a) Kurzarbeit von mindestens zweiwöchiger Dauer, insofern der das Arbeitsentgelt um mindestens ein Drittel gekürzt war, oder
- b) Arbeitsunfähigkeit von mindestens zweiwöchiger Dauer, oder
- c) behördlich angeordneter Verwahrung von mindestens zweiwöchiger Dauer in einer Anstalt

erstattet wird.

Wie man hier sieht, sind die Fristen zu b und c auf das Doppelte erhöht worden, dagegen kommt nur eine Kürzung der Wartezeit bei 1. und 2. in Frage, während früher die Wartezeit gänzlich wegfiel.

# Kunden-Kredit G. m. b. H.

Geschäftsstellen:

**Beuthen, Gartenstr. 3 • Gleiwitz, Bahnhofstr. 16 • Hindenburg, Schechplatz 11b**

gewährt kreditwürdigen Käufern die Möglichkeit, ihren Bedarf zu **Barzahlungspreisen** in ersten Spezialgeschäften zu decken

# „Weltende Terrorgesetze genügen nicht“

## Severing begründet sein Kommunistengesetz

Im Strafrechtsausschuss des Reichstages ließ Severing eine schriftliche Begründung für sein Kommunistengesetz verlesen, die mit folgendem Satze schließt:

„Das Gesetz ist aber unerlässlich, weil die naturgemäß langsam reifenden Wirkungen der staatlichen Aufzucht nicht abgewartet werden können und die Bestimmungen des geltenden Straf-, Vereins-, Versammlung- und Pressegesetzes wie auch die auf einen Dauerzustand eingestellten Bestimmungen der entsprechenden Entwürfe in dieser erregten Zeit nicht ausreichen. (1) Der akuten Erkrankung muß sofort mit Mitteln entgegengetreten werden, die eine weitere Ausdehnung erschweren.“ (1)

Diese Worte müssen sich in die Hirne der Arbeiter einbrennen. Severing hat offen gesprochen. Die bestehenden Klassengesetze gegen die Arbeiterschaft genügen nicht. Ungefragt ist, daß 5000 Jahre Zuchthaus und Gefängnis durch das frühere Republikuschgesetz verhängt worden sind. Ungefragt sind die ungeheuren Verbote gegen die KPD-Presse, ungenügend sind die brutalen Gummirollenattentate, Versammlungsverbote, ungenügend das Notfront-Verbot, ungenügend die Schließung der Polizei, ungenügend die 33 Taten Förgiebels am 1. Mai. Diese offene Sprache Severings muß auch den letzten Arbeiter zur brutalen Wirklichkeit aufschließen, muß ihm zeigen, daß der Sozialfaschismus nichts weniger als die Ausrottung der revolutionären Bewegung plant. Am Bewußtsein der Arbeiter, am Sturm, der durch die Betriebe geht, an der Kampfesfähigkeit der Arbeiter wird es liegen, wann das Zuchthausgesetz in Stücke gerissen und seine Urheber zum Teufel gelagt werden.

Und darum erst recht: Schart euch um die kommunistische Partei, die als einzige den Kampf gegen die planmäßige Verlesung der Arbeiter durch den Young-Plan kämpft. Darum erst recht systematische Verteidigung der KPD-Presse und Werbung neuer Lesern und Abonnenten. Darum erst recht hinein in die KPD!

Gleich zu Beginn der Strafrechtstagung wurde der Antrag der KPD-Fraktion, eine Generaldebatte zuzulassen, von den

Regierungsparteien abgelehnt. Ausgerechnet der „linke“ Kurt Rosenfeld, der noch vor kurzem im „Klassenkampf“ das Republikuschgesetz als ein Stück schlimmsten Klassengesetzes brandmarkt hatte, machte sich zum Vorführer gegen die Generaldebatte. In scharfen Reden geißelten die Genossen Stoeker, Pleck und Alexander den Versuch der Durchpfeifung, ohne daß der KPD-Fraktion die Gelegenheit gegeben wird, die ganze Schändlichkeit des Gesetzentwurfes der Arbeiterschaft auch im Reichstag aufzuzeigen. Während der Debatte ließ Severing eine Denkschrift verbreiten, in der er vollkommen klar beweist, daß dies Gesetz lediglich gegen die revolutionäre Arbeiterschaft gerichtet ist. An der Spitze seiner Denkschrift schreibt Henker Severing, dessen Parteigenosse Neus den Kommunisten mit Bajonetten drohte:

„Das Verhalten der KPD-Fraktion des Reichstages anläßlich der ersten Lesung des Republikuschgesetzes am 4. Dezember 1929 hat dem hohen Hause einen lehrreichen Anschauungsunterricht über diese Aktionsmethoden übermitteln.“ (1)

Es folgt dann eine Aufzählung von verschiedenen Zusammenstößen, hauptsächlich zwischen Kommunisten, Reichsbannerleuten und Faschisten, wobei sich Severing ängstlich bemüht, die Schuld an diesen Zusammenstößen der KPD zuzuschreiben. Ein Fingerzeig dafür, wie Severings Republikuschgesetz in Zukunft Faschisten und Reichsbanner-Kollaboranten vor den Häuten der Arbeiterschaft zu schützen gedenkt!

## Polizeipräsidium in Berlin

Das „private“ Detektivbüro des Herrn Bachrach

Polnische Pressemeldungen zufolge hat das Berliner Polizeipräsidium dem ehemaligen Chef der polnischen Polizei in Warschau, Daniel Bachrach, die Erlaubnis erteilt, in Berlin ein privates Detektivbüro zu errichten. Dieses Büro soll eine Reihe ehemaliger Beamter des Warschauer polnischen Polizei anstellen.

Daniel Bachrach war vor einigen Jahren durch den großen Skandal im Zusammenhang mit enthüllten Erpressungen, Bestechungen und anderen kriminellen Vergehen in der Warschauer polnischen Polizei kompromittiert. Die polnische Regierung ließ sich damals gezwungen, diesen Herrn aus dem Dienst zu entlassen. Heute erscheint er in der Rolle des Leiters eines privaten (?) Detektivbüros in Berlin.

Wie haben allen Grund, anzunehmen, daß das Büro des Herrn Bachrach absolut keine „privaten“ Funktionen hat. Es handelt sich um nichts anderes als um eine kaum verstellte Filiale der polnischen „Defensive“ (politische Polizei), die auch im Ausland die polnischen, weißrussischen, ukrainischen, oberösterreichischen und andere Emigranten bespioniert und die polnische Stimmung unter der polnischen Wirtschaftsemigration in Deutschland kontrollieren soll.

Die Herren Ergesinski und Jörgiebel verweigern jedem ausländischen Emigranten, der unter dem Verdacht politischer Tätigkeit steht, das Asylrecht. Über dieselben Herren lassen es zu, daß die polnische Polizei der faschistischen Regierung Polens legal ihr Wesen in Berlin treibt.

Wie man sieht, enthält also das Abkommen der deutschen und polnischen Bourgeoisie, das mit einem Liquidierungsvertrag eingeleitet wurde, eine geheime Klausel, die sich auf die Zusammenarbeit des deutschen Sozialfaschismus mit dem polnischen Faschismus im Kampf gegen den „inneren Feind“ bezieht.

## Düsseldorfer Knecht Niestroy verhaftet

Die unfähige Polizei tappt immer noch im Dunkeln

Düsseldorf, 10. Dezember. Nach vielen Wochen vergeblicher Suche hat die unfähige Polizei endlich in der Nacht vom Dienstag den Knecht der Stindermühle, Georg Niestroy, in einem Obdachlosenasyl in Rowames festgenommen.

Bekanntlich verließ Niestroy plötzlich am Tage nach dem Verschwinden der ermordeten Maria Hahn seinen Dienst in der Stindermühle und begab sich auf Wanderschaft, die ihn über Hannover, Halberstadt, Brandenburg, Potsdam nach Rowames führte. Die Polizei knüpft an die Verhaftung Niestroys große Hoffnungen, trotzdem die Belastungsmomente gegen ihn auf äußerst schwacher Grundlage aufgebaut sind. Das plötzliche Verschwinden aus dem Dienst erklärt er damit, daß er nur 8 Mark pro Woche (11) Lohn erhielt und infolgedessen aus Unzufriedenheit den Dienst aufgab. Die Polizei hofft trotzdem, wenigstens einiges Licht auf das Geheimnis um die Ermordung der Maria Hahn werfen zu können, weil diese längere Zeit mit einem Mann in der Stindermühle am Tage ihres Verschwindens gesehen hat. Sie erwartet daher, daß Niestroy zu mindestens über die Person des Begleiters der Hahn nähere Angaben machen kann. Bisher ist Niestroy noch nicht vernommen worden, und es scheint, als ob die Polizei in der Aufklärung der Mordfälle noch ebenso im Dunkeln tappt, wie bisher. Die Verhaftung Niestroys soll von ihrer Unfähigkeit etwas ablenken.

## Zörgiebel rüstet zum Bürgerkrieg

Konzentration der Polizeikräfte in Berlin — Zuerst in den Arbeiterbezirken Die Polizei zieht die Lehren aus der Wahl

Wie die „Rottische Zeitung“ erfährt, beabsichtigt das Berliner Polizeipräsidium im Einverständnis mit dem preußischen Innenminister, die bisher bestehenden 20 Berliner Polizeiamter zunächst auf 11, später auf 8 zusammenzulegen. Diese Umorganisation soll bereits am 1. Januar in Kraft treten und zwar zuerst in Neukölln, wo das Polizeiamt mit Treptow zusammengelegt wird. Weiter sollen die Polizeiamter von Friedrichshagen und Nichtenberg, ferner von Schöneberg und Wilmersdorf zusammengelegt werden. Der Plan dieser Umorganisation besteht schon seit längerer Zeit und sollte ursprünglich erst dann in Angriff genommen werden, wenn auch die städtische Verwaltung die Einteilung in die 20 Bezirksämter aufgeben würde. Jetzt hat man sich dazu entschlossen, die Umorganisation der Berliner Polizei unabhängig davon bereits am 1. Januar durchzuführen.

So harmlos diese Mitteilung klingt, hat sie doch einen eminent politischen Sinn und gibt für die Berliner Arbeiterschaft allen Anlaß, sich mit den wahren Beweggründen dieser Umorganisation zu beschäftigen. Die Tatsache, daß dieser Plan kurz nach den Kommunalwahlen veröffentlicht wird, und daß man ihn zuerst im roten Neukölln, weiterhin im Friedrichshagen und an verschiedenen anderen Stellen der Stadt durchzuführen will, zeigt, daß es sich hier um eine direkte Auswertung des Wahlergebnisses durch Zörgiebel vom Standpunkte der Vorbereitung des Bürgerkrieges gegen die Berliner Arbeiterschaft und der Wiederholung des Berliner Blutbades in größerem Maßstab handelt. Dafür spricht auch, daß sich Zörgiebel in dieser Frage ausdrücklich des Einverständnisses des preußischen Polizeiministers, seines Parteigenossen Ergesinski, verschert hat.

Diese Umstellung ist nur eine Fortsetzung der Maßnahmen, die Zörgiebel gleich nach dem Berliner Blutmai in denjenigen Polizeiwachen durchführte, bei denen er glaubte, eine gewisse Unzuverlässigkeit der Polizeibeamten im Kampfe gegen das revolutionäre Berliner Proletariat festgestellt zu haben. Damals

wurden bekanntlich eine ganze Anzahl von Polizeiwachen in ihrem Personalstand vollständig erneuert und zwar durchweg durch solche Beamte, die sich bei Demonstrationen und ähnlichen Anlässen durch besondere Brutalität gegen die Arbeiter ausgezeichneten. Selbstverständlich wird Herr Zörgiebel diesen politischen Sinn seiner Organisationsmaßnahmen bestreiten. Er wird, wie das die „Rottische Zeitung“ bereits andeutet, als offizielle Begründung „Sparrückichten“ anführen. Die Arbeiterschaft wird darauf nicht hereinfallen. Sie wird angesichts der Tatsache, daß die Bourgeoisie und ihre sozialfaschistischen Kettenhunde gerade in den roten Arbeiterbezirken die Lehren aus den Kommunalwahlen in der Richtung verschärfter Bürgerkriegsmaßnahmen ziehen, ihrerseits für die Auswertung des Wahlergebnisses im Sinne des revolutionären Klassenkampfes sorgen.

## KPD.-Antrag auf 5-Uhr-Ladenschluß von SPD. und Nazis niedergestimmt

Nur am Weihnachtsvorabend 5-Uhr-Ladenschluß — Allein die Kommunisten kämpfen für die Angestellten

Nachdem zu Beginn der gestrigen Reichstagsitzung der aus der DNVP. ausgetretene Abgeordnete Trexler die Bildung der deutschnationalen Arbeitsgemeinschaft befragt worden war, wurde der Gesetzentwurf zum 5-Uhr-Ladenschluß am Weihnachtsvorabend behandelt.

Sollmann (SPD): Nur die Kommunisten und Sozialdemokraten haben sich im Ausschuss bedingungslos für den 5-Uhr-Ladenschluß erklärt. Die anderen Parteien sind auseinandergefallen. Schließlich fand man eine Einigung dergestalt, daß Lebensmittelgeschäfte bis 8 Uhr geöffnet bleiben.

Kieseberg (Deutschnat.) erklärte, der Regelung nicht zustimmen zu können, da sie sich gegen den Mittelstand richte (Stärkische Jurze). Auch der Zentrumsvizepräsident Esser betonte, daß ein Teil seiner Fraktion die Vorlage ablehnt.

Der kommunistische Redner, Genosse Torgler, brachte erhebliches Material über die namenlos schlechte Entlohnung der Angestellten und die Ueberforderung ihrer Arbeitszeit. Er verlas einige Briefe von Angestellten, in denen die grauenvollen Arbeitsbedingungen vor allem in den Warenhäusern mitgeteilt werden. Wir sind davon überzeugt, daß die ein oder zwei Stunden Arbeitszeitverlängerung am Vorabend des Weihnachtsebens nichts ändern, denn

Je viele Geschäftsinhaber werden die Angestellten zwingen, auf die Mittagszeit zu verzichten. Wir Kommunisten nehmen die Forderungen der freien Arbeitergewerkschaften auf und beantragen den 5-Uhr-Ladenschluß vor allen Sonn- und Feiertagen. (Beifall bei den Kommunisten.)

In dem Arbeitschutzgesetz, auf das der Arbeitsminister die Angestellten verweist, ist keinerlei Veränderung der Arbeitszeit zugunsten der Angestellten enthalten. Den Vertretern der Wirtschaftspartei und den übrigen bürgerlichen Fraktionen kommt es nur darauf an, die Angestellten bis zum Neujahr auszuheulen. So fehlt den Betroffenen nicht an Zeit, sondern an notwendigen Geld, um genügend einzukufen (Sehr richtig! bei den Kommunisten). Die Angestellten kämpfen auch nicht mit Heinen

Diebstahlsgeboten abspülen lassen, dürfen nicht tatenlos mit ansehen, wie auch die Sozialdemokraten auf die Durchführung ihrer Forderungen verzichteten, sondern ihr Mühe, Männer wie Frauen, gemeinsam mit den Kommunisten kämpfen (Beifall bei der KPD.).

Der kommunistische Antrag auf Einführung des 5-Uhr-Ladenschlusses vor allen Sonn- und Feiertagen wurde in der Einheitsfront von Sozialdemokraten bis Nationalsozialisten niedergestimmt.

Für den Antrag der Wirtschaftspartei auf Zurückstellung der ganzen Vorlage stimmten die Deutschnationalen, die Volkspartei, die Demokraten und das Zentrum. Die Sozialdemokraten und die Kommunisten enthielten sich der Stimme. Der Antrag fiel aber durch die stark vertretene kommunistische und sozialdemokratische Fraktion. In namentlicher Abstimmung fand die Gesamtvorlage auf 5-Uhr-Ladenschluß am Weihnachtsvorabend mit 283 : 104 Stimmen Annahme.

## Proletarische Intervention!

Riesen-Prottestkundgebung gegen das Eingreifen der USA. gegen die Sowjetunion

New York, 10. Dezember. (Zapfeler.) Hier fand eine von über 2000 Arbeitern besetzte Versammlung statt, um gegen die Drohgebote Stimmens gegen die Sowjetunion zu protestieren. Auf der Versammlung, die unter der Losung „Schützt die Sowjetunion!“ stattfand, sprachen die Vertreter der Angeklagten im Sokolnik-Prozess und chinesische Arbeiter. Für den 13. Dezember sind sechs weitere Versammlungen zur Mobilisierung gegen die Kriegsgefahr angesetzt.

Los Angeles, 7. Dezember. In Tokio ist ein Streik der Straßenbahner gegen Lohnverabreichungen ausgebrochen. Bisher streiken dreizehntausend. Der Streikbewegung wird nur durch Streikbrecher notwendig aufrechterhalten.

## Belgischer Arbeiterzug verunglückt

Bisher 18 Tote, 48 Verwundete

Brüssel, 10. Dezember. Bei der Einfahrt in den Bahnhof Namur entgleiste heute früh ein Zug. Bisher wurden 18 Tote und 48 Verwundete geborgen.

Der entgleiste Zug war sehr stark mit Arbeitern besetzt. In voller Geschwindigkeit sprang die Maschine aus dem Gleis und kippte um. Die folgenden vier Wagen, die in Belgien für denartige Züge (1) sehr leicht gebaut sind, hoben sich in die Höhe. Drei Wagen wurden völlig zertrümmert.

Die Ursache des Entgleisens der Lokomotive ist noch nicht festgestellt. Daß aber das Unglück einen solchen Umfang annahm, liegt zweifellos an der betriebsunsicheren Bauart der Wagen für Arbeiterzüge, die mit verbotlichem Leichtsinne von der Eisenbahnwirtschaft im Betrieb gehalten bzw. in Dienst gestellt werden.

Und mag auch der technische Grund, der zum Unglück führte, noch nicht festgestellt sein, sicher ist, daß Massenentgleisungen von belagerten Eisenbahnern zu einer Vernachlässigung der Instandhaltung sowohl des Eisenbahnunterbaus und der Schienen und Weichen als auch des rollenden Materials (wie der schon erwähnten Wagen und die Maschinen) geführt haben.

Da sich das Unglück in unmittelbarer Nähe des Bahnstreckenabspalters, waren die hier wartenden Reisenden Augenzeugen der einzelnen Vorgänge, die sich abspielten. Sie sahen, wie sich im Moment der Entgleisung der Lokomotive die vier ersten Wagen mit lautem Krachen und Klirren ineinanderschoben, bis den Trümmern drangen schreckliche Hilferufe und das perthelische Schreien und Stöhnen der Reisenden.

## Die neuen Bestimmungen über die Sperrfristen

Von Friedrich Billa, Mitglied des schlesischen Landes-Erwerbslosenausschusses

In einem einleitenden Artikel zur Veröffentlichung der 4. Novelle des Arbeitslosenversicherungsgesetzes schreibt der Ministerialrat im Reichsarbeitsministerium, Dr. Bernhard Lehfeldt, folgende Sätze:

„Man fand ferner die Ansprüche, die die Volkswirtschaft an die Arbeitslosen zu stellen berechtigt ist, im Gesetz zu schwach betont, die Interessen der Arbeitslosenvermittlung gegenüber der Arbeitslosenunterstützung zumeist vernachlässigt. Neben wegen der Rückwirkung auf die Arbeitsmoral wurden erhoben.“

Diese Sätze belegen in aller Deutlichkeit, worum es bei der ganzen „Reform“ der Arbeitslosenversicherung eigentlich in der Hauptsache ging: Die Inanspruchnahme von Mitteln des Reiches im Winter dieses Jahres durch die Reichsanstalt war nur der äußere Anlaß, um den Abbau der Arbeitslosenversicherung einzuleiten. In Wirklichkeit aber galt es, einen Druck auszuüben auf die Arbeiterschaft, um sie willfähriger und gefügiger zu machen, Verschlechterungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen ohne Widerstand hinzunehmen. Ihren Ausdruck fand diese Tendenz in der Verschärfung der Bestimmungen über die Sperrfristen. Sperrfristen sind bekanntlich die Zeiten, für die es keine Arbeitslosenunterstützung gibt, wenn die Arbeit freiwillig aufgegeben oder eine zugewiesene Arbeit nicht angenommen worden ist. Bisher betrug die Dauer einer solchen Sperrfrist vier Wochen. Nach den neuen Bestimmungen kann sie, besonders im Wiederholungsfall, auf acht Wochen verlängert werden. Sie kann aber auch auf zwei Wochen verringert werden, „wenn die Lage des Falles eine mildere Beurteilung rechtfertigt“. Diese letzte „Vergünstigung“ bedeutet aber nichts Neues, da die Spruchauschüsse schon in den meisten Fällen eine Verkürzung der Sperrfrist auf zwei Wochen vornehmen, obwohl eigentlich eine gänzliche Streichung der Sperrfrist erfolgen müßte. Man sieht in diesem Falle also wieder, wie dem Erwerbslosen unter allen Umständen seine Unterstützung vorenthalten werden soll.

Damit ist aber die Reihe der Verschärfungen noch nicht erschöpft. Vollkommen neu ist die Bestimmung, daß die Sperrfrist erst endet spätestens sechs Monate nach ihrem Beginn. Während früher die Sperrfrist erlosch, wenn irgendeine Arbeit angenommen wurde, so läuft die Sperrfrist während dieser Arbeit weiter, denn der § 93b Absatz 2 sagt hierüber folgendes:

„Die Sperrfrist läuft nur an Tagen, für die der Arbeitslose sonst Arbeitslosenunterstützung erhalten würde und für die er seiner Meldepflicht genügt. Einem solchen Tage stehen drei Tage gleich, an denen er in einer versicherungspflichtigen oder versicherungsfreien Beschäftigung gestanden hat, wenn diese Beschäftigung mindestens zwei zusammenhängende Wochen gedauert hat.“

Das ist eine ungeheuerliche Verschärfung der Bestimmungen über die Sperrfristen. Um eine Sperrfrist von acht Wochen durch Arbeit zu tilgen, muß man 24 Wochen hintereinander arbeiten, also nahezu eine neue Anwartschaft erwerben. Hat man weniger als zwei Wochen hintereinander gearbeitet, dann gilt diese Arbeitszeit nichts.

Die Sperrfristen richten sich in erster Linie gegen den Klassenbewußten Arbeiter, der nicht zu jedem beliebigen Lohn und beliebiger Arbeitszeit eine Arbeit annimmt, sondern der für seine Arbeit auch den entsprechenden Lohn verlangt. Ihm soll durch diese ins ungeheure verschärften Bedingungen das Rückgrat gebrochen werden. Aber das wird nie und nimmer dem Unternehmertum und seinen gehorsamen Helfershelfern, den sozialdemokratischen Ministern, gelingen.

Diese Tatsachen sind den sozialdemokratischen Arbeitern vor die Augen zu halten und sie sind zu fragen, wie sie sich mit diesem „Abwehrschlag“ ihrer Genossen Minister und Reichstagsabgeordneten zufrieden sind. Das sind die Früchte sozialdemokratischer Koalitionspolitik, die auch in der Erwerbslosenfürsorge deutlich das Einschwenken der sozialdemokratischen Führer in die faschistische Front zeigen.

suchte man auf alle Fälle unmöglich zu machen. Im Februar d. J. bekam er ein Schreiben vom Arbeitsamt, in dem ihm das Beitreten der Nachweise und Zahlstellen in Neutöln in einer provokatorischen Form untersagt wurde.

Die Arbeitslosen forderten jedoch immer wieder das Erscheinen des Genossen Weise, da sie von ihm wußten, daß er stets ihre gerechten Forderungen vertrat. Am 26. März erschien im Arbeitsamt eine Delegation von 50 Arbeitslosen, die nochmals über die Mißstände mit dem Arbeitsamt verhandeln wollte.

Der Stadtrat Jabel, der ausgesprochene Typ eines vollgefressenen Bürokraten, der längst seine Tätigkeit im Betrieb verlassen hat, ließ die Polizei rufen, bei deren Erscheinen es angeblich zu den Zwischenfällen kam, die zur Anklage führten. Die Anklage wurde von SPD-Leuten erhoben, und sämtliche Belastungszeugen, die auftraten, waren Mitglieder der SPD. Mit Recht bemerkte der Genosse Weise vor Gericht, daß die Erhebung der Anklage ihre Ursache in der parteipolitischen Einstellung der Kläger und Zeugen hat.

Nach langer Beratung kam das Gericht zu dem Beschluß, die Berufung zu verwerfen. Es bleibt also bei der unerhörten Strafe von 7 Monaten Gefängnis, bei dreijähriger Bewährungsfrist.

## Die Verlängerung der Wartezeiten

F. Z. Unter den Veränderungen, die die „Reform“ der Arbeitslosenversicherung mit sich gebracht hat, fallen die Änderungen in den Wartezeiten ins Auge. Während es früher nur eine gleiche Wartezeit für alle Erwerbslose gab, hat man nun drei verschiedene Wartezeiten geschaffen, um die Erwerbslosen auch hier gegeneinander auszuspielen. Es beträgt nach § 110b die Wartezeit

1. für Arbeitslose, die das 21. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, keine zuschlagsberechtigten Angehörigen haben und in die häusliche Gemeinschaft eines anderen aufgenommen sind . . . . . 14 Tage
2. für Arbeitslose ohne zuschlagsberechtigte Angehörige, wenn sie das 21. Lebensjahr vollendet haben oder nicht in die häusliche Gemeinschaft eines anderen aufgenommen sind, und für Arbeitslose mit bis zu drei zuschlagsberechtigten Angehörigen . . . . . 7 Tage
3. für Arbeitslose mit vier oder mehr zuschlagsberechtigten Angehörigen . . . . . 3 Tage.

Besser stehen sich nach der Neuregelung die letzten Kategorien, doch ist das noch keine eigentliche Besserstellung, da damit nur der Zustand wiederhergestellt worden ist, wie er vor dem Inkrafttreten des Arbeitslosenversicherungsgesetzes bestand. Ganz erheblich haben sich die bei Eltern oder sonstigen Angehörigen vorhandenen Jugendlichen unter 21 Jahren verschlechtert, denn sie müssen nunmehr eine Wartezeit von 14 Tagen durchmachen.

Auch die Bestimmungen über den Wegfall der Wartezeit bei Krankheit usw. haben sich geändert, natürlich zuungunsten der Arbeitslosen. Die Wartezeit verkürzt sich im Falle Nr. 1 auf sieben Tage, im Falle Nr. 2 auf drei und fällt gänzlich weg im Falle Nr. 3, wenn die Arbeitslosmeldung im unmittelbaren Anschluß an

- a) Kurzarbeit von mindestens zweiwöchiger Dauer, insoweit der das Arbeitsentgelt um mindestens ein Drittel gekürzt war, oder
- b) Arbeitsunfähigkeit von mindestens zweiwöchiger Dauer, oder
- c) behördlich angeordneter Verwahrung von mindestens zweiwöchiger Dauer in einer Anstalt

erstattet wird. Wie man hier sieht, sind die Fristen zu b und c auf das Doppelte erhöht worden, dagegen kommt nur eine Kürzung der Wartezeit bei 1. und 2. in Frage, während früher die Wartezeit gänzlich wegfiel.

## Landes-Erwerbslosen-Konferenz für Schlesien

Am Sonnabend, den 14. und Sonntag, dem 15. Dezember, findet in Breslau die Landes-Erwerbslosenkonzferenz für Schlesien statt. Die Tagesordnung dieser Konferenz lautet:

1. Bericht von dem Reichkongress der revolutionären Gewerkschaftsopposition und der Reichs-Erwerbslosenkonzferenz sowie die nächsten Aufgaben.
2. Die neuen gesetzlichen Bestimmungen und ihre Auswirkungen für die Erwerbslosen.
3. Anträge und Wahlen.

Das Tagungsort ist das Restaurant „Goldener Lachs“, Ursuliner Straße.

Tagungsbeginn: Sonnabend um 14 Uhr, Sonntag um 8 Uhr.

Jeder Delegierte hat einen Konferenzbeitrag von 1,50 M. zu entrichten, muß aber außerdem einen Ausweis über seine Wahl mitbringen. Die Meldung der Delegierten hat umgehend zu erfolgen, damit für Nachtquartier gesorgt werden kann. — Adresse ist: Landes-Erwerbslosenausschuß Schlesien, bei Daniel, Breslau 10, Lehndamm 37.

Landes-Erwerbslosenausschuß Schlesien.

## Landgericht gegen Erwerbslosenausschuß

Kollege Weise-Berlin zu sieben Monaten Gefängnis verurteilt!

In Moabit wurde in der zweiten Instanz ein Landfriedensbruchprozess verhandelt, der auf Grund von verschiedenen Zwischenfällen, die sich Anfang dieses Jahres auf dem Neutölnner Arbeitsnachweis ereigneten, angeklagt worden war.

Der Genosse Weise, der in dieser Zeit Vorsitzender des Neutölnner Erwerbslosenausschusses war, wurde des schweren Landfriedensbruchs und des Hausfriedensbruchs angeklagt. In der ersten Instanz wurde der Genosse Weise wegen dieser Delikte zu sieben Monaten Gefängnis verurteilt. In der Urteilsbegründung des damals gefällten Urteils finden sich folgende klassische Formulierungen: „Der Begriff der Gewalttätigkeit verlangt nicht, daß eine Verletzung von Personen stattgefunden hat. . . . Wenn auch eine unmittelbare Einwirkung auf den Körper des Zeugen Kentwich nicht erfolgt war . . .“

In diesen Worten der Urteilsbegründung wird ausdrücklich festgestellt, daß eine Gewaltanwendung nicht vorgenommen wurde. Trotzdem wurde Genosse Weise verurteilt.

In der Berufungsverhandlung schilderte Genosse Weise ausführlich die Vorgänge auf dem Neutölnner Arbeitsnachweis. Die Ausführungen des Genossen Weise vermittelten ein anschauliches Bild über die auf den Nachweisen und Zahlstellen in Neutöln herrschenden Verhältnisse. Stundenlang mußten die Arbeitslosen auf zugigen Plätzen warten, ehe sie abgefertigt wurden. Um Zwischenfälle zu ziehen, ist kein Geld da. Der Aufseher Schandau — die Neutölnner Erwerbslosen fügen zwischen die beiden Buchstaben d und a noch ein s, um charakteristischer zu bezeichnen — behandelte die Frauen in einer widerlichen und arroganten Art. Von den Aborten holte dieser Durstige die Frauen herunter, wenn er vermutete, daß Zigaretten geraucht wurden. Die traurigen Zustände, die auch von dem Stadtrat Jabel (SPD), der als Zeuge vor Gericht auftrat, zugegeben werden mußten, führten dazu, daß der Erwerbslosenausschuß von den Arbeitslosen Neutölns in starkem Maße in Anspruch genommen

wurde. Täglich hatte der Ausschuß 10—20 Beschwerdefälle zu behandeln.

Den sozialdemokratischen Größen in der Arbeitslosenfürsorge in Neutöln fiel die Tätigkeit des Erwerbslosenausschusses auf die Nerven. Weise, den Vorsitzenden des Erwerbslosenausschusses, ver-

## Wie begrüßen den Reichskongress

Ein Erwerbsloser schreibt uns: Die Lage der Erwerbslosen verschlechtert sich von Tag zu Tag. Ein planmäßiger Kampf der Bourgeoisie gegen die Arbeiterschaft wird geführt.

Durch verstärkte kapitalistische Rationalisierungsmaßnahmen des Unternehmertums vergrößert sich die Zahl der Erwerbslosen immer mehr.

Die Unternehmer steigern die Ausbeutung der Arbeiter in den Betrieben. Durch Verlängerung der Arbeitszeit, Beschleunigung des Arbeitstempos und niedrige Löhne der Arbeiter wird der Profit erhöht, während andererseits das Lebensniveau der Arbeiter sich immer mehr verschlechtert.

Die durch diesen Verelendungskurs sich auslösenden Kämpfe sollen durch „Schlichtungs“methoden gemindert werden. Wenn sie dennoch ausbrechen, so sollen

die Erwerbslosen als Reservearmee gegen die kämpfenden Arbeiter benutzt werden!

Darum wird eine Verschlechterung nach der anderen in der Erwerbslosenfürsorge von der Bourgeoisie und den sie stützenden Parteien durchgeführt, wobei die Sozialdemokratie und die ihr angehörenden reformistischen Gewerkschaftsführer eine besonders gefährliche arbeitserfindliche Rolle einnehmen.

Im Reichstag wurde ein brutaler Unterstützungsraub an den Erwerbslosen beschlossen. In den Kommunen werden durch die Wohlfahrtsämter Verelendungsmaßnahmen gegen die Erwerbslosen durchgeführt. Entweder gibt man den Erwerbslosen eine unzureichende Unterstützung oder man beschlagnahmt sie als billige Arbeitskräfte, beutet sie in ihrer Notlage aus und behandelt sie als völlig rechtlose Arbeiter.

Ein wirkamer Kampf hiergegen kann nur auf revolutionärer Grundlage, nicht aber mit den Methoden der reformistischen Gewerkschaftsführer, die jede Erschütterung der kapitalistischen Wirtschaft vermeiden wollen, geführt werden.

Eine Zusammenfassung der revolutionären Kräfte in der Arbeiterschaft ist notwendig. Der Kampf gegen diese unhaltbare Wirtschaftsordnung, die als Wirtschaftskatastrophe bezeichnet werden muß, unter der die Erwerbslosen am meisten zu leiden haben, kann nicht von den Erwerbslosen allein, sondern nur gemeinsam mit der betriebsständigen Arbeiterschaft geführt werden.

Wir Erwerbslose begrüßen die Beschlüsse des Reichskongresses der revolutionären Gewerkschaftsopposition als eine Möglichkeit zur Sammlung und Organisierung aller Kräfte der Arbeiterschaft zum revolutionären Klassenkampf.

# Kunden-Kredit G. m. b. H.

Geschäftsstellen:

Beuthen, Gartenstr. 3 • Gleiwitz, Bahnhofstr. 16 • Hindenburg, Schechplatz 11b



gewährt kreditwürdigen Käufern die Möglichkeit, ihren Bedarf zu Barzahlungspreisen in ersten Spezialgeschäften zu decken

# Sowjet Kanton, das Fanal der chinesischen Revolution

## Am Vorabend des Kantonner Aufstandes

### Schilderung eines Mitkämpfers der chinesischen Kommune

Die nachfolgende Darstellung der Lage in Kanton vor dem Ausbruch und den Vorbereitungen zum Aufstand wurde von einem Teilnehmer der Kantonner Kommune am 5. Dezember 1927 genau sechs Tage vor jenem weltgeschichtlichen Ereignis, niedergeschrieben.

Die Erschlüchterung der Macht der Bourgeoisie einerseits und die flammende Begeisterung und Hingebung der Arbeiter- und Bauernmassen für die Revolution andererseits, schaffen bereits die Grundlage zur revolutionären Massenerhebung.

Befehlt die Führerin der Arbeiter- und Bauernrevolution, die Kommunistische Partei, die Kraft zur siegreichen Führung des Aufstandes, so wird diese revolutionäre Erhebung der breiten Arbeiter- und Bauernmassen mächtig genug sein, die Macht der Bourgeoisie zu stürzen und die Macht der Arbeiter, Bauern und Soldaten, die Macht der Sowjets zu errichten.

Nach der Niederlage Tschangfakweis und Huangtschihjungs nach Kanton spitzten sich die inneren Widersprüche der herrschenden Reaktion mehr und mehr zu. Die Zersplitterung und Uneinigkeit in der Ausübung der Macht der Bourgeoisie führen unausbleiblich zur fortschreitenden Zerlegung.

### Der Staatsstreik Tschangfakweis

Der Machtkampf zwischen Tschangfakwei und Litschijien veranlaßt sie, ihre Streitkräfte zu verstärken. Dazu benötigen sie große Geldmittel, die durch zahlreiche hohe Steuern, militärische Abgaben und Ausgabe verschiedener Geldnoten aufgebracht werden müssen und den Arbeitern und Bauern neue unerträgliche Lasten auferlegen.

Die Arbeiter- und Bauernmassen, die durch diese Zustände in noch größere Not und größeres Elend geraten, haben sich trotz der grausamen Unterdrückung zur Gegenoffensive erhoben.

Auf Grund dieser Lage hat die kommunistische Partei schon vor dem Ausbruch des Generalkrieges zwischen Tschangfakwei und Litschijien am 17. November den Weg des Aufstandes in Erwägung gezogen. Sie will in Verbindung mit den Bauernaufständen der ganzen Provinz Kwangtung die militärische Gewalt der Reaktion brechen und die Macht der Arbeiter, Bauern und Soldaten errichten. Sollte sich dies als noch nicht möglich erweisen, so müßte man wenigstens der Reaktion in Kanton einen Schlag versetzen, indem man die Waffen erbeutet und die Bauernrevolution auf dem Lande im Nachbargebiet von Kanton entseßt.

Am 17. November brach der Kampf zwischen Tschangfakwei und Litschijien aus. Die herrschende Klasse befand sich in noch größerer Verwirrung.

Die städtischen werktätigen Massen eröffneten ihre verschärfte Offensive im Wirtschaftskampf, im Kampf um die revolutionären Gewerkschaften und gegen die Arbeiterverräter.

### Die Massen drängen zum Aufstand

Am 18. November, einen Tag nach dem militärischen Staatsstreik von Tschangfakwei, fanden Massendemonstrationen der Arbeiter statt. In der Kundgebung wurde folgende Resolution angenommen:

1. Die Kuomintang ist das Werkzeug der reaktionären Militaristen zur Vernichtung der revolutionären Arbeiter- und Bauernmassen. Litschijien, Huangtschihjung, Tschangfakwei und Huangtschihjung sind die Henker der Arbeitermassen in Kanton. Der jetzige Krieg, den Tschangfakwei und Huangtschihjung als Krieg „zum Schutz der Kuomintang“ gegen Litschijien und Huangtschihjung bezeichnen, bedeutet nichts weiter als einen Krieg der Reaktionären unter sich. Wir müssen die reaktionäre Macht Litschijiens, Huangtschihjungs ebenso wie die der Tschangfakwei und Huangtschihjungs bekämpfen. Mit der Massengewalt der Arbeiter, Bauern und Soldaten stürzen wir das reaktionäre Regime der Kuomintang und errichten die revolutionäre Regierung der Arbeiter, Bauern und Soldaten.

2. Zur Führung der Revolution der Arbeiter, Bauern und Soldaten wird der Sowjet der Arbeiter, Bauern und Soldaten-Deputierten gebildet.

3. Der Arbeiter-Delegierten-Ausschuß wird wiederhergestellt. Das verräterische Komitee zur Reorganisation der Gewerkschaften wird vernichtet. Die revolutionären Gewerkschaften und ihre Rechte werden zurückerobert.

4. Für den Streik der Kantonner und Hongkonger Arbeiter. Gegen die Auflösung des Streiks durch die Kuomintang-Regierung, die Paktanten der Imperialisten. Aufrechterhaltung der Rotquartiere und der Verteilung von Essen für die Streikenden. Unterstützung der Streikenden durch Bargeld.

5. Befreiung aller seit dem 15. April eingekerkerten politischen Gefangenen.

6. Durchführung des Achtstundentages, Erhöhung der Arbeitslöhne und Übernahme der Verwaltung der Betriebe durch die Arbeiter.

7. Bewaffnung der Arbeiter und Bauern und Wiederherstellung der Arbeiter-Schutzwehr.

8. Unterstützung der Bauernrevolution auf dem Lande zur Konfiszierung des Grund und Bodens, zur Vernichtung der feudalen Reaktion.

### Soldaten weigern sich zu schließen

Der Kundgebung folgte eine wichtige Demonstration. Die Polizisten fürchteten sich jedoch vor den begeisterten Massen und unternahm nichts zur Auflösung der Demonstration.

Untermweg begegnete ihnen ein Bataillon Infanterie Huangtschihjungs. Die Massen riefen den Soldaten zu: „Nieder mit Litschijien, nieder mit den Arbeiter- und Bauernhändlern Tschangfakwei und Huangtschihjung. Es lebe der Sowjet der Arbeiter, Bauern und Soldaten-Deputierten!“ Die Soldaten gingen nicht gegen die Massen vor, sondern zeigten ihre Sympathie für die revolutionären Massen.

Bei der Erstürmung des Gewerkschaftsbüros, in welchem die von der Kuomintang eingesetzten reaktionären Gewerkschaftsleiter saßen, wurde einer von diesen durch die revolutionären Massen erschossen und ein anderer verletzt.

In dieser Demonstration haben die Massen ihren Mut und ihre Entschlossenheit zum Kampf bewiesen.

Aus dieser Massenbewegung sehen wir deutlich, wie sie

### Die erste amtliche Siegesmeldung

## Kanton in der Hand der bewaffneten Arbeiter

Schanghai, 18. Dezember 1927. Die japanische Regierungsgesandtschaft Tokio meldet:

Meldungen aus Kanton zufolge besetzten Arbeiter und Bauern, die gemeinsam mit einem Teil der regulären Truppen vorgingen, die Räume mehrerer Regierungsstellen. Nach der Entlassung der Wache des „Büros zum Schutze des Friedens“ besetzten die revolutionären Truppen die Büroräume. Kanton befindet sich endgültig unter der Macht der Arbeiter- und Bauerntruppen.

Sobald Beruhigung eingetreten war, gaben die Revolutions-truppen nachstehende Mitteilung heraus:

„Die vereinigten Kräfte der Arbeiter- und Bauernschaft haben endlich die Macht in Kanton in ihre Hände genommen. Die Mehrzahl der Teilnehmer an der Revolution gehört den inneren Schutztruppen an. Ein 5000 Mann starkes rotes Arbeiterkorps hat unter der Führung revolutionärer Truppen das „Büro zum Schutze des Friedens“ besetzt, nachdem die Wache entlassen war. Sodann wurden die Räume aller konter-revolutionären Verwaltungsorgane besetzt: Stab der IV. Schutz-armee, „Büro zum Schutze des Friedens“, Sektion der Kuomintang für die Provinz Kwantung, Kriegsministerium, Finanzministerium, Telegraphenamt, Telephonzentrale, Zentralbank, Eisenbahnstation.“

Die Läden in der Stadt sind geschlossen. Die Umgebung von Kanton ist von bewaffneten Bauern und Arbeitern mit roten Armbinden überfüllt. Es werden Plakate mit folgenden Aufschriften angeschlagen:

„Nieder mit Litschijien, Tschangfakwei, Tschangfakwei und Wangtschihjung, den Feinden der Arbeiter und Bauern! Nieder mit der Kuomintang, die die Sache der Konterrevolution verteidigt! Grund und Boden den Bauern! Reis und Fleisch den Arbeitern! Die roten-Bauern und Truppen sind die einzige Macht, die die Massen zu schützen vermag.“

Gestern hielten die Arbeiter und Bauern Massenversammlungen ab, in denen die Fragen der Organisation der revolutionären Regierung erörtert wurden.

Massen bereit sind, für die Revolution zu kämpfen und wie die herrschende Klasse ihre Ohnmacht gegenüber dem revolutionären Elan der arbeitenden Masse verrät.

Dies allein bestätigt die Richtigkeit des Beschlusses der kommunistischen Partei vor dem militärischen Staatsstreik Tschangfakweis am 17. November.

Nach Einschätzung der Lage erkannte die kommunistische Partei deutlich, daß der entscheidende Moment zur Ergreifung der politischen Macht damals noch nicht gegeben sei, aber sie wies gleichzeitig darauf hin, daß die Vorbereitung und Aufrüttelung der breiten Massen für die Machteroberung als dringende Aufgabe auf der Tagesordnung steht.

### Die kommunistische Partei beschließt den Aufstand

Als Voraussetzung für den Aufstand hat die kommunistische Partei folgende Punkte aufgestellt:

1. Entfaltung des Wirtschaftskampfes der breiten Massen. Eroberung der Gewerkschaften und Vertreibung der von der Regierung eingesetzten Gewerkschaftsbürokraten, bis zum politischen Massenstreik.

2. Die Erschlüchterung der herrschenden Reaktion geht so weit, daß sie die „Ordnung“ nicht aufrechterhalten kann.

3. Wenn der Kampf zwischen Tschangfakwei und Litschijien seinen Höhepunkt erreicht hat.

4. Verbindung der Bauernaufstände in den Dörfern mit dem Massenkampf in der Stadt.

5. Die Stadtbevölkerung beginnt die Militaristen zu hassen. Die Gewinnung der Sympathie der Stadtbevölkerung für die kommunistische Partei muß so weit gehen, daß sie wenigstens, wenn auch nicht ganz für uns, so doch nicht gegen uns sind.

Nach dem Ausbruch des Kampfes zwischen Tschangfakwei und Litschijien in Kanton haben wir die folgende allgemeine Lage vor uns:

Litschijien und Huangtschihjung haben die Gegenoffensive gegen Tschangfakwei und Huangtschihjung unternommen.

### Der Schauplatz des Aufstands



Kanton in Trümmern — ein Werk der Konter-revolutionären Reaktion

Diese Vorbereitungen zum Kampfe haben den Zweck der Wiederoberung Kanton's.

Die Bauernrevolution in Hailufung nimmt an Umfang zu. Die Bauernkämpfe in den Kreisgebieten, wie Tschin, Uuhua, Pulin, verbreiten sich. Die entflammte Bauernbewegung ermutigt die kämpfenden Arbeiter in Kanton. Die Arbeiter werfen mit Bomben auf ihre Gegner. Sie schlagen die Verräter nieder und veranstalten Massendemonstrationen sowie Flugblattverteilungen. Die Lage zeigt deutlich, daß die herrschende Klasse ihre Macht nicht mehr aufrechterhalten kann, die Strömung der Arbeiter und Bauern für die Revolution wird wichtiger. Selbst die Stadtbevölkerung bringt ihren Haß gegen die Militaristen zum Ausdruck.

Diese Tatsachen sichern den unvermeidlichen Ausbruch. Die kommunistische Partei entschließt sich, den entscheidenden Schritt zu tun. Sie fordert alle Arbeiter in Kanton auf, ihre Stadt gegen die Rückkehr der Truppen Litschijien zu verteidigen. Gleichzeitig muß aber die Reaktion in der Stadt: Tschangfakwei und Huangtschihjung gestürzt werden, um die Errichtung der Macht der Arbeiter, Bauern und Soldaten verwirklichen zu können.

### Die strategischen Richtlinien für den Aufstand

Zur Vorbereitung zum Aufstand hat die kommunistische Partei folgende strategische Richtlinien aufgestellt:

1. Die Kampfe der breiten Massen möglichst auszudehnen, die Massen zu mobilisieren, bis sie selbst zum Ausbruch des Aufstandes drängen.

2. Organisation der roten Arbeiterwehr.

3. Nach aktiver Arbeit unter den Truppen Tschangfakweis leisten, um teilweise die Soldaten für die Revolution zu gewinnen.

4. Aufrüttelung der Bauernaufstände in der Umgebung Kanton's.

5. Ausdehnung der Bauernaufstände in Hailufung bis nach dem Gebiet Huaschau. Gleichzeitig werden sich dann auch die Bauern in den Kreisgebieten Bau-An und Dun-Wan anschließen.

Die kommunistische Partei entschließt sich, jetzt einen Aufbruch zum Aufstand an die revolutionären Arbeiter, Bauern und Soldaten herauszugeben. Die Hauptlösungen zur Mobilisierung der Massen, die in Form von Plakaten und Flugblättern ausgegeben sind, lauten wie folgt:

Bewaffnung der Arbeiter zum Schutze der Stadt!  
Organisation der roten Arbeiterwehr!  
Errichtung der Arbeiter-, Bauern- und Soldatenmacht!  
Nieder mit den Litschijien, Huangtschihjung, Wangtschihjung und Tschangfakwei!

Ersticht Huangtschihjung und Tschuhui!  
Wiederrichtung des Kantonner Arbeiterdelegiertenausschusses!

Kämpfe für die Rechte der Streikenden in Kanton und Hongkong!

Schützt die Stadt Kanton!

Die Umwandlung des Generalkrieges in den Krieg des Volksrevolution ist die Parole der kommunistischen Partei überhaupt. Nur auf diesem Wege können die Arbeiter, Bauern, ländlichen Armen und Soldaten zum bewaffneten Kampf, zum Sturz der militärischen Reaktion und zur Eroberung der politischen Macht geführt werden.

### Die Kräfte der Revolution

Die Kräfteverhältnisse der Revolution außerhalb der Stadt Kanton sind folgende:

1. Die Bauernsowjets in Hailufung bestehen seit über einem Monat. Die Macht der dortigen Arbeiter und Bauern marschiert unaufhaltsam zu anderen Gebieten. Die Stadt Tschangfakwei ist am 18. November von den revolutionären Bauern besetzt worden. An der am 21. veranstalteten Kundgebung der bewaffneten Massen zum Schutze der Sowjetmacht der Bauern haben über 100 000 Menschen teilgenommen. In der Versammlung der Arbeiter-, Bauern- und Soldaten-Deputierten, die am 18. stattfand, wurde folgender Beschluß gefaßt:

a) Durchführung der Aufteilung des Grund und Bodens.  
b) Wahl des Komitees der Sowjetregierung.  
c) Abstimmung über alle Deklarationen.  
d) Beschluß zur Durchführung der Vernichtung aller konter-revolutionären Elemente.

2. In dem Kreisgebiet Chun-Tsi besitzen die revolutionären Bauern die überwiegende Mehrheit. Da die meisten Bauern Pächter sind, kämpfen alle für die Konfiszierung des Grund und Bodens. Die gutbewaffneten Bauern zählen über tausend. Dagegen zählen die Regierungstruppen nur 1200 und die Miliz der Grundbesitzer 300.

3. Die revolutionären Bauern im Kreis Pulin haben durch ihren Feldenkampf ihre Macht aufrecht erhalten. Über 5000 Bauern sind gut bewaffnet und über das ganze Gebiet verteilt. Über tausend liegen im Konzentrationslager. In ihrem Besitze befinden sich Maschinengewehre und Gewehre. Die ihnen von den Truppen Jekins und Holungs übergeben worden sind. Die Bauern sind gerade in der Vorbereitung zum Zusammenstoß mit den ausländischen Bauern von Hailufung, um durch die Nachbargebiete bis zu den Städten Chan-Chow und Cwan-Low zu marschieren.

4. Am Weßflus erhoben sich überall die Bauernmassen, die den Grund und Boden der Hand der Grundbesitzer entreißen. Sie versuchen die Verbindung mit den ausländischen Bauern in Sau-Chen herzustellen, um gemeinsam gegen Litschijien und Tschangfakwei vorzugehen.

### Der Augenblick der Machtergreifung ist da

Der Zerfall der Macht der herrschenden Klasse, der Aufschwung der Arbeiterbewegung in der Stadt, die entflammten Bauernaufstände auf dem Lande, der allgemeine Haß der Stadtbevölkerung gegen die militärische Reaktion, die aktive Führung dieser revolutionären Massen durch die kommunistische Partei bereitet den Weg zum revolutionären bewaffneten Aufstand vor.

Die Zeit zur Machtergreifung ist da.

Nur durch den entschlossenen Kampf der revolutionären Massen werden wir die Macht der Bourgeoisie zerlegen und die Macht der Arbeiter, Bauern und Soldaten, die Sowjetmacht errichten!

# Kampf gegen die Aushungerung der Erwerbslosen! Morgen Donnerstag, 19 Uhr: Große Versammlung im „Schießwerder“

Bericht über die letzten Verhandlungen beim Breslauer Magistrat / Erscheint in Massen!  
Es spricht: Reichstagsabgeordneter Ottomar Geschke, Berlin

## Breslau

### Schwere Kohlenoxydgasvergiftung

Gestern, gegen 17 Uhr, wurde in seiner Wohnung Einbaumstr. 5 der Stellvertreter Erwin Lüdemann an Kohlenoxydgasvergiftung tot aufgefunden. Seine Frau und seine Tochter lagen ebenfalls bewusstlos im Zimmer und mußten ins Alteschiffen-hospital geschafft werden. Sie befinden sich auf dem Wege zur Besserung.

### Humann noch nicht Türkei-reif!

Die Justizpressestelle schreibt: Zu der in der Presse gelangten Nachricht über den Uebertritt des Herrn Straßvollzugspräsidenten Dr. Humann in türkische Dienste wird mitgeteilt, daß diese Nachricht in der mitgeteilten Form unzutreffend, zumindest aber verfrüht ist. Die seit einiger Zeit schwebenden Verhandlungen sind noch nicht abgeschlossen, ihr Ausgang ist ungewiß.

En was mag es da bloß liegen? Soll der Zentrums-Humann etwa zum Islam übertreten?

### Veruntreuungen eines Konkursverwalters

Der bisher in Habelschwerdt tätig gewesene Rechtsanwalt L. hat am Montag beantragt, ihn in der Liste der Rechtsanwälte zu löschen. Am selben Tage ergab sich gegen ihn der dringende Verdacht, als Konkursverwalter 20—30 000 Mark veruntreut zu haben. Auf Grund des daraufhin erlassenen Haftbefehls wurde er in Breslau verhaftet.

### Erklärung

Die „Vollwacht“ veröffentlicht vor einigen Tagen zum zweitenmal eine Note, in der behauptet wird, daß ich von einem Selbstbetrag, der bei der Pevaga unterschlagen sei, 10 000 Mark für meinen Spießfonds zur Bestreitung der SPD. bekommen habe. In der „Arbeiter-Zeitung“ ist schon seinerzeit, auf die erste Veröffentlichung hin, darauf hingewiesen worden, daß die Behauptung der „Vollwacht“ über den ominösen Spießfonds ein Schwindel sei. Hierdurch erkläre ich noch persönlich, daß ich niemals auch nur einen Pfennig von der Pevaga für einen Spießfonds bekommen habe; ferner, daß mir ein solcher Spießfonds überhaupt nicht zur Verfügung steht. Die Behauptung der „Vollwacht“ ist eine Lüge, mit der man den Zweck verfolgt, die kommunistische Partei politisch zu diskreditieren, und die Korruption in der SPD. und in den von der SPD. geleiteten Unternehmungen zu verdecken.

Die Redaktion der „Vollwacht“ stellt diese Behauptungen wider besseres Wissen auf. Sie mußte zu dem Mittel der Lüge greifen, weil sie bei der Verteidigung der arbeitserneuerlichen SPD.-Politik auf dieses „Kampfmittel“ nicht verzichten kann. Ernst Bollweber.

### Aufklärung des Frauenmordes in Wartha

Der unter Mordverdacht festgenommene Maler Lengsfeld hat inzwischen ein Geständnis abgelegt. Er gibt an, die Ehefrau Bartisch angesprochen zu haben, ist aber abgewiesen worden, worauf er Mitleid gegen sie gewonnen sei und sie schließlich gewürgt habe. Die Vernehmung über Einzelheiten dauert noch an.

**Quartiere gesucht.** Zu der am 14. und 15. Dezember in Breslau stattfindenden Erwerbslosenkonferenz werden noch eine Anzahl Quartiere benötigt. Die Genossen, die für eine Nacht einen Genossen aufnehmen können, ersuchen wir, dies mitzuteilen an den Genossen Kollberg, Erwerbslosen-Ausschuß, Lehndamm 38/40.

**Gewerkschaftshaus-Rückspiel.** Das Problem der unehelichen Mutterchaft wird diese Woche in dem Film „Lebige Mütter“ aufgegriffen. Auch im zweiten Film befindet sich die Frau im Mittelpunkt des Themas. „Wenn ein Weib den Weg verliert“, heißt der Filmtitel. Die Wirklichkeitsbilder sind eingeleitet worden aus einer Gesellschaft, die das Weib verachtet, das aus der großen Bahn gescleudert „Dirne“ wird. Das Programm wird bestimmt gefallen. Die Vorstellungen sind Donnerstag und Freitag; für Kinder und Jugendliche jedoch verboten. Alles Nähere im Inserat.

## Sechs Monate Gefängnis für Breslauer Zugzusammenstoß

Die Nationalisierung bei der Damas-Bahn war schuld — Der angeklagte Beamte war abgearbeitet — Ein zweiter Führer fehlt

Das schwere Eisenbahnunglück, das sich in der Nacht vom 14. zum 15. August zwischen Brodau und Kattern ereignete und bei dem, wie noch erinnerlich, der Oberführer Wabai aus Breslau getötet sowie 13 Personen teils schwer verletzt wurden, wurde gestern, Dienstag, vor dem Erweiterten Schöffengericht verhandelt. Angeklagt war der 46 Jahre alte Oberzugführer Julius Stroch aus Breslau. Ihm wurde fahrlässige Tötung und fahrlässige Körperverletzung in Ausübung des Berufs, ferner fahrlässige Transportgefährdung, durch die der Tod eines Menschen erfolgte, zur Last gelegt.

Stroch gab folgendes an: Da der von Breslau nach Oberschlesien verkehrende D-Zug-Verpätung hatte, mußte der Zug in Kattern acht Minuten zurückgehalten werden, so daß er von dort erst um 0,14 Uhr abfuhr. Der Zug mußte am Ostende des Güterbahnhofes Brodau die Abzweigung der Strecke Breslau-Tschschütz passieren. Bei fahrlässiger Abfahrt in Kattern ist diese Stelle, die in zwei Minuten vom Bahnhof Kattern aus zu erreichen ist, für den Triebwagenzug frei. Am 15. August zeigten die Signale auf „Halt“, denn um 0,16 Uhr muß der Personenzug Breslau-Tschschütz die Abzweigung fahrplan-

## Die kleine Thient ist ermordet worden

Breslau, 11. Dezember.

Wie in unserer Zeitung bereits mitgeteilt, wurde am 6. Dezember, vormittags 10,45 Uhr, von Bewohnern des Hauses Bergstraße 9 die Leiche der fünfzehnjährigen Gerda Thient aus demselben Hause auf der Kellerterrasse gefunden. Das Kind war mit anderen Kindern auf den Hof zum Spielen geschickt und dort noch um 9,30 Uhr gesehen worden. Den Leichnam fand man auf der vorletzten Stufe der Treppe von unten gerechnet. Der Körper zeigte Brandstellen, die Kleider glühten noch, der entstandene Rauch hatte sich noch nicht verzogen. Auf einer der oberen Stufen lag eine Streichholzschachtel (Marke Deutsche Sicherheitszündhölzer, gelbes Papier, schwarzer Aufdruck), in der sich noch drei Streichhölzer befanden. Der Tatbefund, die Feststellungen des zugezogenen Arztes und die Aussagen der Kinder sprachen für einen Unfall. Der kleinere Bruder wollte gesehen haben, wie aus einem Mülleimer die Schwester eine Streichholzschachtel hervorholte, und mit dieser sich in den Hausflur begab. Von den erwachsenen Zeugen, soweit sie überhaupt Angaben machen konnten, will niemand etwas Besonderes, etwa gar eine fremde Person, auf dem Hofe bemerkt haben.

Die Kriminalpolizei beschlagnahmte den Leichnam mitsamt den Kleidern und beantragte Obduktion und bakteriologische Untersuchung. Dessen Ergebnis wurde heute bekannt. Nach dem gerichtsarztlichen Befunde ist an dem Kinde ein Sittlichkeitsverbrechen verübt worden. Der Tod ist wahrscheinlich durch Erstickung eingetreten. Die Brandverletzungen sind erst nach dem Tode verursacht worden.

Es muß daher am 6. Dezember 1929, in der Zeit von 9,30 bis 10,45 Uhr, — wahrscheinlich nur kurze Zeit vor dem Auffinden des Leichnams — sich jemand dem Kinde genähert, es mit auf die Kellerterrasse genommen, dort geschändet und getötet haben. Da es sich immerhin um ein Haus mit starkem Kinderverkehr handelt, ist die Möglichkeit nicht ausgeschlossen, daß das Verbrechen nicht am Fundorte der Leiche ausgeführt und nur die Leiche dorthin getragen worden ist. Die kriminalpolizeilichen Ermittlungen sind im Gange.

Im Interesse der Aufklärung dieses grauenhaften Verbrechens ist es dringend erforderlich, daß jeder, der irgendwelche Angaben machen kann, die geeignet sind, die Ermittlungen zu fördern, dies umgehend der Mordkommission, hier, Eichborstraße, Zimmer 426, mitteilt.

Der Regierungspräsident hat unter Ausschluß des Rechtsweges eine Belohnung von 1000 Mark für denjenigen ausgesetzt, dessen Angaben die Ergreifung des Mörders ermöglichen.

Die Eheleute Thient bewohnen im vierten Stock eine kleine Wohnung. Sie haben außer der fünfjährigen Gerda noch einen dreijährigen Jungen und ein siebenjähriges Mädchen.

Das Schicksal der kleinen Gerda ist typisches Schicksal unbeschäftigter Proletarierkinder.

Der Vater, Rutscher bei einer Breslauer Firma, ist den ganzen Tag unterwegs, und die Mutter hat mehrere Stellen als Reinmachefrau. In den Nachmittagsstunden des Dienstags wurden eine Anzahl

Hausbewohner vernommen, bisher allerdings ohne greifbares Resultat. Man ist noch im Unklaren, ob die Schändung unmittelbar mit dem Tode des Kindes in Zusammenhang steht. Es ist nach den neuesten Feststellungen möglich, daß das Sittlichkeitsverbrechen schon einige Zeit zurückliegt und nicht unmittelbar die Todesursache bildet. Ob die Schändung oder der Sturz von der Treppe den Tod herbeigeführt haben, muß erst der weitere Verlauf der Untersuchung zeigen. Jetzt steht bis jetzt nur das eine, daß die Brandwunden selbst nicht den Tod verursacht haben.

Zu dem Kindesmord erfahren wir noch: Für ein Verbrechen sprechen besonders die frischen Blutspuren, die am Gesichtssteil der Kleinen vorgefunden wurden und die mit Sicherheit darauf hindeuten, daß ein Sittlichkeitsverbrechen verübt worden ist. Da von den Hausbewohnern fremde Personen um die fragliche Zeit nicht beobachtet wurden, muß das Verbrechen wahrscheinlich von einer im Hause bekannten Person verübt worden sein. Dafür spricht auch der Umstand, daß der Hof besetzt war und fremde Personen gesehen werden mußten. Es besteht die Möglichkeit, daß das Sittlichkeitsverbrechen in einem der beiden Klosets (die unmittelbar an der Kellerterrasse liegen) verübt worden ist. Vermutlich hat sich die Kleine, die unter dem Vorwand, Milch für eine Nachbarin zu holen, vom Hofe weggeholt wurde, gewehrt und ist erstickt, da ihr von dem Täter die Kehle zugedrückt wurde.

Zu den jetzt plötzlich gegebenen Mitteilungen muß vor allem scharf kritisiert werden das Verhalten der Kriminalpolizei, die fünf Tage lang, trotz ihres bestimmten Verdachtes, schweig. Hätten nicht, wenn es sich hier um einen Bürger, ähnlich dem in Düsseldorf, handeln würde, neue Verbrechen ja dadurch direkt begünstigt werden können?

### Der gleiche Täter?

Im Zusammenhang mit der Mordtat in der Bergstraße gewinnt ein Sittlichkeitsverbrechen erhöhte Bedeutung, über das folgendes berichtet wird: Am Montag, gegen 15 Uhr, ist in Krietzern, zwischen dem Siebenmorgenweg und den Lohewiesen, an einem neun-jährigen Mädchen ein Sittlichkeitsverbrechen verübt worden, das nur durch das Hinzukommen einer Frau vereitelt worden ist. Ein etwa 20-jähriger Mann, der ein Rad bei sich führte, hat das betreffende Kind im Orte angesprochen und es ins Freie gelockt mit dem Versprechen, daß es 20 Pfg. für die Bewachung des Fahrrades verdienen könne. Das Kind folgte dem Ratte, bis er es an einem ihm sicher zu scheinenden Orte überfiel. Der Mann ist nach Angaben des Kindes etwa 20 Jahre alt, 1,70 Meter groß, schlank, bartlos, mit schmalem Gesicht. Bekleidet war er mit Mütze und unbekannter Farbe, schwarzem Mantel, langer, schwarzer Hose, schwarzen, hohen Schuhen. Er schickte in der Richtung nach dem Dorfe Lohse. Das sich wehrende Kind hat dem Täter Kratzen und unter dem rechten Auge beigebracht.

## Die Zehn-Jahres-Rundgebung des Jugendverbandes

Eine gutbesuchte, wirkungsvolle Veranstaltung im Zentralballsaal

Der kommunistische Jugendverband hatte gestern abend die Breslauer Arbeiter nach dem Zentralballsaal gerufen zur Rundgebung: „Zehn Jahre kommunistische Jugendinternationale.“ Junge und erwachsene Arbeiter und Arbeiterinnen waren dem Rufe zahlreich gefolgt; der Saal war sehr gut gefüllt.

Nach einleitenden Worten des Genossen Schröder war brachte Wilhelm Kallten (Vereinigte Theater) unter starkem Beifall einige Regitationen zum Vortrag. Eine Jugendgenossin verlas sodann unter begeisteter Zustimmung den Brief des zu der Rundgebung als Vertreter der allen Garde der proletarischen Jugend eingeladenen Genossen Artur Dombrowski, der am Erscheinen durch den heute morgen in Leipzig gegen ihn beginnenden Sozialverratsprozess verhindert war. Die „Roten Knäpfe“ folgten mit guten Darbietungen. Dazwischen sprachen Delegierte der in den letzten Tagen auch in Breslau gegründeten „Antifaschistischen Jungen Gardes“, der Breslauer Fortbildungsschüler. Selbst aus Strahlen war ein Vertreter der dortigen revolutionären

Jugend erschienen, der die Rundgebung begrüßte. Außerdem sprach noch Genosse Ulrich als Beauftragter der Bezirksleitung Schlesien der kommunistischen Partei. Alle Begrüßungsansprachen zeigten die Verbundenheit des kommunistischen Jugendverbandes mit den Massen der jungen und erwachsenen Arbeiterchaft. Den Beschluß des Abends — der als Referent angekündigte Genosse Müller konnte nicht erscheinen, da er plötzlich einen wichtigen politischen Auftrag des Exekutivkomitees der kommunistischen Jugendinternationale, dem er angehört, übernehmen mußte — bildeten jubelnd angenommene Regitationen von Josef Keim (Vereinigte Theater).

Die Veranstaltung, bei der sich fünfzehn junge Arbeiter in den Jugendverband aufnehmen ließen, war in jeder Hinsicht ein Erfolg und bürdet die Jugendgenossen zu noch intensiverer Arbeit im zweiten Jahrzehnt ihres Bestehens anspornen, um das Ziel, Sammlung der Mehrheit des ausschlaggebenden Teiles des Jungproletariats unter der Fahne der Revolution, bald zu erreichen.

**Schauspielhaus.** Heute 18 Uhr: „Aschenbrödel“. „Die Fledermaus“ mit Martin Kellner als Frosch gelangt nur noch bis Donnerstag zur Aufführung. (Vollständige Preise: 1,—, 2,—, 3,—, 4,50 M.) Ab Freitag gastiert Martin Kellner kurze Zeit in Kurt Portigs „Jugendprinzessin“ als Rechtsanwalt Pantelmann.

### Versammlungskalender

**Parteiveranstaltungen**  
Breslau  
— Stadtkomitee Nord. Alles beteiligt sich morgen an der Erwerbslosen-Rundgebung im Schießwerder, um 20 Uhr.  
**Kommunistischer Jugendverband**  
Breslau  
— 20. Mittwoch 20 Uhr Gruppenabend im „Eisenbahn“, Döllschtr. 10. Genossen müssen pünktlich sein.  
— 20. Mittwoch 20 Uhr Funktionsabteilung, Trebnitzer Straße 50. Alles muß erscheinen. — Donnerstag 20 Uhr Seimabend, Trebnitzer Straße 50. Alles pünktlich erscheinen und Mitreden mitbringen.  
**Roter Frauen- und Mädchenbund**  
Breslau  
— Mittwoch 20 Uhr im „Roten Löwen“, Versammlung und Probe. Wahlsondarmen abreden.  
— 20. Mittwoch 20 Uhr Metallarbeiter-Versammlung in den „Union-Vereinen“.  
**Antifaschistische Arbeiterwehren**  
Breslau  
— Arbeiterwehr West. Heute 10—20 Uhr letzter Termin zur Kartenabrechnung im „Anglerheim“.

**Auf zum historischen Kindelmarktkaufdem Neumarkt**  
Nur dort kauft man billig und gut!

# Waldenburger Bergland

## Bergmann!

Die Bezirkskonferenz hat beschlossen, den Lohn tarif zu ändern.  
Die Mehrzahl der vorerwähnten Funktionäre lehnte es ab, Anträgen der Gewerkschafts-Bürokraten ab, Forderungen zu formulieren.  
Die Gewerkschaftsopposition schlägt vor, den Kampf für 7,50 Mark Hauer-Mindestlohn zu organisieren.  
Bergmann, was meinst du zu diesen Forderungen? Die Forderungen der Opposition waren in der letzten Nummer von „Schlegel und Eisen“ abgedruckt.  
Schreibe uns deine Meinung dazu!

Schuh durch das Fenster. Abends schob ein Unbekannter auf dem Grundstück Charlottenbrunner Straße 118 durchs Fenster in eine Wohnung. Die Kugel ging hart an der Tochter des Hauses vorbei.

Reißein. Hygienische Volksbelehrung? Unter dieser Epithete versteht der Gemeindevorstand eine Pressmitteilung, in der es u. a. heißt: „Gründliche Aufklärung auf allen Gebieten sozialer Hygiene ist als wichtige Aufgabe der Wohlfahrtspflege bereits allgemein anerkannt. Aus diesem Grunde wird die Gemeinde Reibstein in den Wintermonaten eine Reihe von Vorträgen veranstalten, um die Vertreter der Organisationen, die bereit sind, diese Anregungen in ihren Kreisen zu verbreiten, zur Mitarbeit heranzuziehen. Die erste Veranstaltung dieser Art hat bereits am 27. November 1929 stattgefunden. Auf der Tagesordnung stand das Gesetz zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten. Nachdem Herr Gemeindevorsteher Hertwig einleitend über Zweck und Organisation der geplanten Veranstaltungen gesprochen hatte, erklärte Herr Kreismedizinalrat Dr. Quebner unter Mitwirkung von Herrn Medizinalassessor Dr. Buch in Frage und Antwort eingehend das Gesetz. Anregungen und Vorschläge auf diesem Gebiet sind an das Wahljahrstamt zu richten und werden gern entgegengenommen.“ — Wir schlagen vor: Der Gemeindevorstand möge sich dafür einsetzen, daß die Bergarbeiter ausreichende Löhne und gesunde Wohnungen erhalten; denn erst dann kann von praktischer Hygiene die Rede sein. Wird der Gemeindevorstand das tun? Mit Worten — ja. In der Tat — nein. Denn er ist sozialdemokratisch und stützt und verteidigt als solcher den Privatkapitalismus, über dessen Beseitigung der Weg zur wirklichen Volkshygiene führt. Was die Sozialdemokratie macht, ist Fickwerk!

Nieder-Salzbrunn. Die erste Gemeindevorstandssitzung findet Donnerstag, 12. Dezember, 18.30 Uhr, im Gemeinde-Sitzungslokal statt.

## Oberes Revier

### Jawohl, die Wahrheit ist bitter!

A. A. In der Nummer 286 des „Waldenburger Wochenblattes“ veröffentlichen die geistigen Zwerge der bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft im dem Artikel „Kommunisten-Tölpel“ die Wahrheit auf den Kopf zu stellen. Wie es ja überhaupt ihnen nicht eigen ist, der Wahrheit die Ehre zu geben. (Siehe die Verdächtigungen der „Arbeiter-Zeitung“.) Sogar haben sich die geistigen Führer in der Ueberschrift des Artikels geirrt. Sie sollte wohl lauten: „Bürgerliche Keimungsversuche“. Die Kommunisten haben es nicht nötig, ihre Kommunalpolitik zu verschleiern. Die Bürgerlichen geben zu, den betreffenden Beamten aufgefördert zu haben, ein Gesuch um Gehaltsaufbesserung einzureichen, das sie dann selbst abgelehnt haben. Die Bürgerlichen

# Niederschlesien

## Die „Munitionsfunde“ in der Lunitz erneut vor Gericht

Genosse Senfleben vom Klaffengericht zu zwei Wochen Gefängnis verurteilt

Am Montag verhandelte das erweiterte Schöffengericht zum zweiten Male gegen die Genossen Brodke, Közner und Senfleben wegen „unbefugten Munitionsbefizes“. Die Anklage stützt sich auf die berüchtigte Entdeckung des sattem bekannten Kriminal-Betriebssekretärs Witzel. Witzel soll im Mai anlässlich einer Hausdurchsuchung in den Räumen der Filiale der Schlesischen Verlagsgesellschaft in einem Wandbehälter, der außerhalb der Geschäftsräume gelegen ist, ein Paket mit Munition gefunden haben. Bezeichnend bei diesem wichtigen Funde war es,

daß Witzel einen passenden Schlüssel zu diesem Schrank an seinem Bunde hatte.

Diese Tatsache läßt auf viele Folgerungen schließen. Witzel, der in der ersten Verhandlung angeblich schon seit August davon unterrichtet zu sein, daß in diesem Schrank „verbotene Dinge“ versteckt werden, dürfte auch davon Wissen haben, wer dieses Paket in den ominösen Schrank gelegt hat. Auf Antrag des Genossen Brodke wurde damals die Verhandlung vertagt und die Vorladung des ominösen Zeugen verlangt.

Die letzte Montagverhandlung hat nunmehr gezeigt, daß wir recht behalten haben:

Der Achtgroßenjunge des Herrn Witzel war angeblich nicht schuldig.

Herr Witzel, als einziger Belastungszeuge, wurde, wenn das überhaupt noch möglich war, in seinen Aussagen noch kleinlauter und undeutlicher. Der Erfolg war der, daß selbst der Staatsanwalt die Freisprechung beantragte, weil eben die wünschenswerten Befragungen des Herrn Witzel nicht zu treffen waren.

Unter einer an den Staatsherbeigezogenen formal-juristischen Begründung wurde aber Genosse Senfleben zu zwei Wochen Gefängnis verurteilt.

Es ist selbstverständlich, daß gegen dieses Urteil Berufung eingelegt wird. Die ganze Aufmachung und Durchführung dieses Prozesses ließ erkennen, daß es der Polizei wie auch dem Klaffengericht darauf ankam, Belastungsmaterial gegen kommunistische Funktionäre, und damit gegen die kommunistische Partei, zusammenzutragen. Das neue Antikommunistengesetz, das ja die Aufgabe hat, gewisse „Lücken“ der Gesetzgebung gegen revolutionäre Arbeiter auszufüllen, wird die Tätigkeit von Polizei und Klaffengericht zweifellos sehr erleichtern. Die bürgerliche Arbeiterpartei, vor allem auch die Arbeitslosen, deren Arbeitslosenentscheidungen am kommenden Montag von dem hiesigen erweiterten Schöffengericht abgeurteilt werden soll, werden einen entscheidenden Kampf gegen dieses Sozialistengesetz in neuer, verschärfter Auflage führen.

haben schon vor der Aufforderung gewußt, daß sich der Beamte schon in der „höchsten“ Gruppe befindet, also war es eine bewußte Irreführung des Beamten. Die Bürgerlichen geben weiter zu, den betreffenden Antrag selbst abgelehnt zu haben, sie geben ferner zu, daß sie für die höhere städtische Beamte noch jährlich 500 Mark extra übrig haben. Ebenfalls geben sie zu, daß an dem ablehnenden Beschluß eine einzige kommunistische Stimme nicht geändert hätte. Alles in allem: ein lässliches bürgerliches Fiasko!

Gottesberg. Versammlung der Kriegssopfer. Am Sonntagabend fand im „Schwarzen Hof“ eine öffentliche Versammlung der Kriegs- und Arbeitssopfer statt. Ungefähr 70 bis 80 Personen waren erschienen. Als Redner sprach Genosse Heiden-Ödlich. Er zeigte, wie man immer mehr daran geht, die sozialen Leistungen abzubauen. In der Aussprache wurden nur Ergänzungen gemacht. Gegner, die anwesend waren, meldeten sich nicht zu Wort. Beseitigt wurden ferner die reaktionären Verhältnisse in der Bezirksknappschaft. Trotzdem dort die sogenannten Arbeitervertreter die Mehrheit haben, und ein Sozialdemokrat Vorsitzender ist (Hoffmann, Bezirksleiter des Bergarbeiterverbandes), werden die kranken Bergarbeiter auf das Standfußste behandelt. Nachdem sich mehrere Anwesende zum Beitritt in die Organisation erklärt hatten, wurde die gutverlaufene Versammlung geschlossen.

## Freiburg

### Sozialfaschisten gegen die Erwerbslosen

A. A. Die Tatsache, daß die „Arbeiter-Zeitung“ an dem Freiburger Arbeitsamt sich eines guten Abzuges erfreut, paßt den Sozialverrättern nicht. Vor einigen Tagen passierte folgendes: Da es den Sozialdemokraten und Reichsbannerleuten Tischler, Franz, Helm und Kiebel bisher nicht gelingen ist, den Verkauf der Zeitung zu unterbinden, versuchen sie, Hilfe bei dem Polizeioberhaupt zu finden. Sie rannten ihm fast alle Tage die Tür ein mit dem Ersuchen, Schritte gegen den Verkauf der „Arbeiter-Zeitung“ zu unternehmen. Franz drohte dabei, den Polizeimeister in die „Vergewaltigung“ zu bringen, wenn er dem Ersuchen der Genossen nicht stattgibt. Um sie loszuwerden, empfahl ihnen der Polizeibeamte, Anzeige zu erstatten. Eine Aufforderung, der die Sozialfaschisten prompt nachkamen. Wie groß der Haß des Franz gegen die revolutionären Arbeiter ist, geht aus seinen Auslassungen vor dem Arbeitsamt hervor: „Die Kommunisten seien zu faul zum arbeiten, sie müßten keine Unterstützung erhalten.“ Die Erwerbslosen nehmen diese Reichsbannerleute nicht mehr ernst. Das Verhalten dieser Leute beweist, daß die Politik der Sozialdemokratie wie im Reiche so auch in den kleinen Kommunen dieselbe ist.

## Landeshut

### Sozialdemokraten gegen die Kleinen Sparer

A. A. Am Mittwoch tagte die neugewählte Stadtverordnetenversammlung in Liebau, in der die Neuwahl des Stadtverordnetenvorstandes stattfand. Es wurde der Zentrumsanhänger Wansch gewählt, als Stellvertreter der Sozialfaschist Kirchner. Auf die anderen Wahlen wollen wir nicht eingehen, da uns ein anderer Fall mehr interessiert. Da die arme Bevölkerung mit den Rabattbüchern durch den Bankrott in Mitleidenschaft gezogen werden sollte, indem man die Bücher nicht einlösen wollte, so wurde der Antrag gestellt, daß von der Stadtparlatte 18 000 Mk. bereitgestellt werden sollten zur Einlösung der Rabattbücher. Die drei neugewählten sozialfaschistischen Stadtverordneten Kirchner, Wabarsch, Skurnial, stimmten gegen diesen Antrag. Warum bringt darüber die „Dredwacht“ nichts?

# Görlitz

## Junge Mädchen klettern und erpressen!

Görlitz wurde in den letzten Monaten von einer ganzen Reihe von Lebensdiebstählen heimgesucht. Es gelang jetzt, als Täter eine Diebesbande von drei 16- bis 21-jährigen Mädchen, die in raffiniertester Weise gemeinsam ihre Beutezüge unternahmen, zu ermitteln. Durch allerlei Tricks verstanden sie es, auf Augenblicke allein in den Geschäften zu sein. Gestohlen wurden Mäntel, Kleider, Stoffe, Hüte, Pelztragen, Strümpfe, Unterwäsche, Schuhe, Taschen, Parfümerien, Lebensmittel usw. In den elterlichen Wohnungen der Diebinnen konnte noch ein großes Lager von gestohlenen Sachen beschlagnahmt werden. Eine der Täterinnen knüpfte mit einem Geschäftsmann nähere Beziehungen an, ging mit ihm ins Geschäft und ließ dann durch einen gedungenen Bräutigam und dessen Freund Erpressungen verüben.

## Görlitz

Ein Verkehrsunglück ereignete sich in der Jakobstraße. Der Lehrling W. J. fuhr, begleitet von dem Sohne Hans seines Lehrherrn, in einem Leitwägelchen Paleten nach der Bahn. In der Jakobstraße kam vom Bahnhof her ein Personenauto und fuhr in die beiden hinein. Der Lehrling J. erlitt einen Wadenbruch, einen Knöchel- und Beinbruch sowie Hautabschürfungen, während der Sohn des Lehrherrn Handverletzungen, eine Fingerverletzung, eine Kopfverletzung und einen Bruch des rechten Beines davontrug. Das Auto der Sanitätskolonne brachte die Verletzten in die Rettungswache.

# Ein Liegnitzer Goldsucher spurlos verschwunden

Das Opfer seiner Goldsuchereien scheint der Intendantursekretär a. D. Gerhard v. Radziowski, Grenadierstraße 15, geworden zu sein. Er wurde am 30. November in Berlin, wo er sich zuletzt aufhielt, vermißt gemeldet, ist aber schon seit 25. November spurlos verschwunden.

Von Radziowski war eben von einer Reise nach Sibirien zurückgekehrt. Diese Reise hatte der „Ausbeutung“ einer Goldader, die er während seiner Kriegsgefangenschaft erbeutet hatte, gegolten. Während des Weltkrieges war v. R., der verheiratet ist, in russische Gefangenschaft geraten und wurde nach Chabarowsk in Sibirien gebracht. Bei Vandarbeiten entdeckte er in dieser Zeit eine reiche Goldader, von deren Ausbeute er sich großen Reichtum versprach. Einem Mitgegangenen vertraute er seine Entdeckung mit allen Einzelheiten an. Am Tage seines Verschwindens wollte er, der Zahlungsanweisungen auf rund 50 000 dänische Kronen bei sich trug, einen Bekannten in

## Sagan

### Einen vollen Erfolg

hatte am Sonntagabend die Internationale Arbeiterhilfe mit ihrem Unterhaltungsabend in Mademau (Erholung) zu verzeichnen. Der Besuch war, trotz des außerhalb Sagens gelegenen Lokals, ein sehr guter. Der Abend wurde durch ein Mandolinquartett eröffnet, alsdann folgte die Begrüßungsansprache des Vorsitzenden, Genossen Seppert. Er teilte mit, daß es der Organisation gelungen sei, den ersten Vorsitzenden, Genossen Professor Dr. Alfons Golbschmidt nach Sagan zu holen. Derselbe hielt nunmehr einen Vortrag über seine Amerika-reise, der von den Anwesenden mit besonderer Aufmerksamkeit entgegengenommen wurde. In einem guten Zusammenhang kennzeichnete er die Notwendigkeit der I.A.H. Auf der einen Seite der unproduktive Ballast des Kapitals im internationalen Rahmen, auf der anderen Seite das produktiv schaffende Volk in Not und Elend.

Die Diskussionsgruppe konnte im weiteren Verlauf ihrer Veranstaltung sechs Neuzugänge buchen. Weiter wurden fünf Neuzugänge für die kommunistische Partei getätigt sowie eine Anzahl Broschüren verteilt. Die Diskussionsgruppe der I.A.H. hat somit einen weiteren Schritt nach vorwärts getan. Wir rufen allen Beteiligten zu: Erkennt den Ernst der Situation, reißt euch ein in die Solidaritätsfront!

Eine außerordentliche Stadtverordnetenversammlung findet am Freitag, dem 13. d. M., um 17 Uhr, statt.

## Sprottau

Den Verletzungen erlegen. Der durch den Fensterschuh des Fleischergehilfen Wolfsdorf aus Oberleschen schwer verletzte Wärtner Thiel in Waldhäuser ist jetzt an den schweren Folgen des Kopfschusses nach langem Kampfe mit dem Tode verstorben.

## Bunzlau

### Eine feine Nummer unter den neuen SPD-Stadtverordneten

Freudestrahlend berichtet die sozialdemokratische „Vollzeitung“ über die nunmehr erreichte SPD-Mehrheit. Wir wissen ja, wie man das macht. Man benutzte den ganzen Gewerkschaftsapparat zur Wahlarbeit, warf die Kommunisten aus dem Volkshaar, ein bürgerliches Lokal bekommen sie nicht, so war man ungefähr. Jetzt jubelt man über den Sieg. Einen Dämpfer haben schon die Erwerbslosen von dem SPD-Krankenkassenrentanten Karl erhalten. Er meinte bei der Erwerbslosenversammlung: „Ja, wenn wir auch die Mehrheit haben, so dürft ihr deswegen keine überhöhten Forderungen stellen.“ Das war der Dank der SPD an ihre erwerbslosen Wähler. Aber das Schönste ist doch das: Obwohl Walter Frihe, der SPD-Vorsitzende, nebenbei Chauffeemeister von Landrats Gnaden, doch gefeiert und gefeiert hatte, mußte Eckert fallen, weil er keine rechte Wette hätte. Und nun, o Mißgeschick, als man sich die „Neuen“ besah, muß Frihe feststellen, einen merkwürdigen Knaben mit aufgestellt zu haben, und er ist auch gewählt. Das heißt, Frihe ahnt noch nichts, aber ganz Haynau laßt. Na, Frihe, nun nochmal sieben geht nicht. Aber vielleicht hat der Betreffende noch einen Vorrat von dem geklauten Schnaps, daß die Fraktion ihren Kummer erkaufen kann. Auf eine Art wird man den sanfteren SPD-Stadtverordneten schon decken. Dies ist das erste Bild, wir werden uns noch ein paar solche neugewählte Größen vorlindspen.

### Mutter und Sohn bei Verkehrsunfällen ums Leben gekommen

Schwer vom Schicksal heimgesucht wird die Familie des Bruchmeisters Pratsch aus Birtenbrunn. Auf einer Motorradfahrt mit seiner Frau wollte der Ehemann auf der neuen Chaussee Grotlich-Küdenwallbau zwei Radfahrer überholen. Hierbei kam er mit dem Motorrad auf die Sommerbahn und stürzte. Seine 32 Jahre alte Frau wurde gegen einen Chausseepfosten geschleudert und erlitt einen schweren Schädelbruch, dem sie auf dem Transport ins Krankenhaus erlag. Der Mann kam mit geringen Verletzungen davon. Im 6. Mai hatte Pratsch bei einem anderen Verkehrsunfall seinen neun-jährigen Sohn verloren.

## Glogau

### Aus der Erwerbslosenversammlung

Vorige Woche berief die kommunistische Partei eine Erwerbslosenversammlung ein als Antwort auf die, die vom ADGB einberufen war. Die Versammlung war gut besucht. Auf der Tagesordnung stand: Die Veränderung des Erwerbslosengesetzes, Bericht über die vom Ortskomitee einberufene Versammlung und Wahl eines Erwerbslosenausschusses. Die Erwerbslosenversammlung hatte einen ganz anderen Charakter, als die des ADGB. Hier sprachen Erwerbslose, Gewerkschaftler und Parteiloje. Genosse Jonza behandelte die Verschlechterungen des Wiffelschen Gesetzes. Die Stellungnahme des Gen. Jonza in der ADGB-Erwerbslosenversammlung wurde einstimmig gebilligt. Ueber die Wahl eines Erwerbslosenausschusses entspann sich eine längere Debatte. Kollege Maier versuchte, die Versammlung von der Wahl abzuwenden, da die Gewerkschaften dazu übergegangen sind, einen Ausschuss zu bilden. Trotzdem wurde der Ausschuss einstimmig gewählt. Der Erwerbslosenausschuss setzt sich aus folgenden vier Kollegen zusammen: Jonza, Lobe, Rörler, Artur, und Pachali. Erwerbslose, stellt auch geschlossen hinter den von den Erwerbslosen gewählten Ausschuss. Letzt und verbreitet die Erwerbslosenausgabe der „Arbeiter-Zeitung“!

Schwere Kohlenoxydgasvergiftung. Nachts wurde ein Ehepaar ins Krankenhaus eingeliefert, das in seiner Wohnung eine Kohlenoxydgasvergiftung erlitten hatte.

### Nikolassee bei Wannsee besuchen, ist jedoch dort nicht eingetroffen.

Seit seinem Weggang aus dem Hotel, in dem er seine Koffer zurückließ, fehlt jede Spur von ihm. Wie aus einer Karte des Vermißten an seine Frau hervorgeht, wollte er sich am Abend seines Verschwindens mit dem in das Geheimnis eingeweihten Gemaligen sibirischen Mitgefangenen treffen.

Man nimmt an, daß er um der Ausbeute des Goldes willen, von diesem ehemaligen Mitgefangenen, dessen Name noch unbekannt ist, beseitigt wurde. Der Vermißte, der 51 Jahre alt ist, hatte schon vor einigen Jahren mit geliehenem 20000 Mark eine Reise nach Sibirien gemacht, von der er aber ununterrichteter Dinge zurückkehren mußte. Vor einem Jahre finanzierte ein Kommizentrat aus Gera eine zweite Reise, von der v. R. im November zurückkam. Die Rückreise war über Kopenhagen gegangen, von wo er den Schatz über 50 000 Kronen mitgebracht hatte.



# Wird der Vatermörder freigesprochen?

Die letzten Zeugenvernehmungen — Sachverständige sagen aus . . . . . — Ein Prozeß mit vertauschten Rollen — Der Staatsanwalt als Verteidiger

Von unsrem nach Hirschberg entlassenen Sonder-Berichterstatler A. R.

Hirschberg, 11. Dezember.

Vierter Verhandlungstag: Zuerst wird der frühere Oberlandjäger Beyer vernommen, der seinerzeit die Kriminalpolizei viel zu spät von der Tat verständigt hatte, wodurch viele Spuren vernichtet und verlohren wurden konnten. Seine vorgelegte Behörde hat ihn für diese Tat nicht etwa entlassen, sondern zum Landjägermeister befördert. Er schildert langatmig die Vorgänge der Nacht und des folgenden Tages, ohne die Vorwürfe entkräften zu können.

Der Vorsitzende: „Warum haben Sie den Angeklagten nicht gleich verhaftet?“

Beyer: „Ich hatte keinen Tatverdacht. Ich habe seinen Darstellungen geglaubt.“

Darauf berichtet Kriminalrat G o p p e, wie das sogenannte Geständnis zustande kam, dessen Wahrheit er geglaubt hatte und auch heute noch glaubt. Nach der Verlesung der umfangreichen Protokolle über die Vorgänge, die zum „Geständnis“ führten, greift der Schöffe Siegert nochmals in die Verhandlung ein.

Beide Schöffen sind eingeschriebene Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei.

Der zweite Berliner Kommissar B r a s c h w i t z bezeichnet den Angeklagten als lägnertischen Menschen. Es entwickelt sich folgender Dialog, der geradezu typisch für diesen Prozeß ist und sich in seinem Verlauf wortwörtlich oft abspielt hat.

Vorsitzender: „Haben Sie den Angeklagten für einen Mörder?“

Zeuge: „Nein, er war seinem Vater sehr zugetan.“

Vorsitzender: „Kann er seinen Vater im Streit erschlagen haben?“

Zeuge: „Dafür haben sich keine Anhaltspunkte ergeben.“

Vorsitzender: „Wie erklären Sie sich dann die Tat?“

Zeuge: „Es sprechen manche Momente für Mord, aber ich halte es nach dem Tatbefund für jahrelängige Tötung.“

Darauf meldet sich der Angeklagte und stellt den beiden Kommissaren das beste Zeugnis aus. Sie sind „edelhaft klug, tüchtig und geschickt“.

Dann beginnen die Sachverständigen mit ihren Ausführungen.

Der Vorsitzende bezeichnet als die beiden wichtigsten Fragen:

1. Können wir den Angaben des Angeklagten Glauben schenken?

2. Ist es möglich, daß der Angeklagte den Schuß so abgab, wie er es darstellt?“

Die drei Schießsachverständigen Preuß, Sch m u d e r e r und B r ü n i n g äußern sich über die letzte Möglichkeit. Natürlich sind sie der Ansicht, daß sich die Vorgänge so abgespielt haben können, wie sie der Angeklagte darstellt, aber nach der Sachlage wäre Mord, Totschlag oder Unglücksfall gleichermaßen möglich.

Nervenarzt C o l l a, der erste medizinische Sachverständige, spricht nur wenige Worte. Dann kommt der Göttinger Universitätsprofessor

Schulze, Ordinarius für Psychiatrie, zu Wort. Der große Nebenschuß, mit einem wissenschaftlichen Mantelchen verkleidet, kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß diese Sachverständigenrede nur eine wissenschaftliche Begleitmusik zu den kommenden Plädoyers der Verteidiger darstellt. Aber auch Schulze stellt fest, daß der Angeklagte voll und ganz für seine Tat verantwortlich zu machen ist und daß der § 51 keinesfalls in Frage komme. Nach nochmaligen Ausführungen des ersten Sachverständigen wird die Beweisaufnahme geschlossen. Sämtliche Zeugen und Sachverständigen werden entlassen. Heute morgen, um 9 Uhr, begannen die Plädoyers. Das Urteil ist in späterer Nachmittagsstunde zu erwarten.

Dieser Prozeß, der so lebhaften Widerhall in der Öffentlichkeit gefunden hat, war in Wirklichkeit ein abgekartetes Spiel, bei dem sich alle Beteiligten über ihrer Aufgaben im Klaren waren: Die Anklage lautete auf jahrelängige Tötung. Trotzdem wurde — um die Öffentlichkeit zu beruhigen — so verhandelt, als ob es sich um einen Mordprozeß handelte. Die Rollen vertauschten sich.

Der Staatsanwalt Engel, der auch sonst in jeder Beziehung eine blamable Rolle gespielt hat, war in Wirklichkeit ein Verteidiger, der die Berechtigung seiner Anklage auf jahrelängige Tötung verteidigen wollte.

Wir kommen nach dem Urteil noch auf die Hintergründe dieser Justizkomödie zurück.

## Die Vorbereitungen zur Reichskontrolle

müssen bis 14. Dezember beendet sein!

## „Der stille Don“

Copyright by Verlag für Literatur und Politik Berlin-Wien 31)

Kosakenroman von Michael Scholochow

„Wechelt eure Ringe,“ sagte Vater Wiskarion, und sah Grigorij warm in die Augen.

Sie taten es. „Wird es bald zu Ende sein?“ — fragte Grigorij mit den Augen und begegnete Pietros Blick. Der bewegte die Mundwinkel und sagte, ein Lächeln unterdrückend: „Ja, sofort.“ Dann küßte Grigorij dreimal die feuchten, schalen Lippen seiner Frau. Ein Dunstgeruch der ausgeglüheten Lichter erfüllte die Kirche. Die Menschen drängten und stampften zum Ausgang.

Die große, rauhe Hand Nataljas in der seinen haltend, trat Grigorij auf die Kirchenschwelle. Jemand stülpte ihm seine Mütze auf den Kopf. Ein warmer, nach Wermuth duftender Südwind strömte ihm entgegen. Jemand sah in der Ferne einen Blitz. Regen zog heran, und hinter dem weißen Zaun klingelten zart und einleitend die Glöckchen der ungeduldig stampfenden Pferde, floßen mit den laut lärmenden Stimmen zusammen.

XXII.

Die Korschunows waren gekommen, nachdem man den Bräutigam und die Braut aus der Kirche geführt hatte. Pantelej Proloffjewitsch ging wiederholt aus dem Tor hinaus, sah auf die Straße. Doch der graue Weg, von stacheligen Hecken eingerahmt, war menschenleer und wie abgeleert. Er glitt mit den Blicken auf den Don. Ein Walb hob sich dort gelb vom Ufer ab; reißes Schiff neigte sich müde über einen kleinen Teich.

Vorherbstliche, traurige, bläuliche Schläfrigkeit floß mit graner Abenddämmerung zusammen, hüllte das Dorf ein, den Don, die Preißberge, die Ula, bunstig schmelzenden Wälder hinter dem Fluß, die Steppe. Hinter der Straßenbiegung, auf der Kreuzung, zeichnete sich scharf die lantige Silhouette eines Kirchturmes ab.

In Pantelej Proloffjewitschs Ohr drang das kaum hörbare Rattern eines Wagens und das Wellen eines Hundes. Zwei Wagen jagten vom Platz auf die Straße. Im ersten sahen, sich auf den Rücken wiegend, Miron Grigorjewitsch und die Lukitschna, ihnen gegenüber Großvater Grischala in neuer Uniform, mit dem Georgskreuz und den Medaillen an der Brust. Witska kutscherte, nachlässig auf dem Bod sitzend, ohne die fatten, vom Galopp wildgewundenen Pferde mit der Peitsche zu berühren, die unter seinem Sitz lag. Im zweiten Wagen fuhr Michaj. Er bog sich nach rückwärts, zog an den Zügeln, bemühte sich, die galoppierenden Pferde zum Trab zu bringen. Wlolette Rote bedeckte sein spitzes, barfüßiges Gesicht, unter dem Schild der Mütze hervor floß Schweiß in Strömen.

Pantelej Proloffjewitsch öffnete breit das Tor, und die Wagen fuhrn einer nach dem anderen in den Hof.

Vom Haus schwamm ihnen Witschna wie eine Gans entgegen, legte mit dem langen Rod den Schmutz zusammen.

„Seid willkommen, liebste Brauteltern. Beehrt auch unsere ärmliche Hütte!“

Sie neigte ihren vollen Oberkörper.

Pantelej Proloffjewitsch, den Kopf schief auf die Seite gelegt, machte eine einladende Handbewegung:

„Bitte, tretet ein, meine Lieben!“ Er ließ die Pferde ausspannen, und lehrte zu den Gästen zurück.

Miron Grigorjewitsch strich mit der Hand über die Bluderhosen, schüttelte den Staub ab. Großvater Grischka, von der ungewohnten Fahrt ermüdet, blieb zurück.

„Gehen Sie nur vor, gehen Sie nur vor,“ bat Witschna.

„Danke schön, danke . . . ich komme schon . . .“

„Wir erwarten Sie schon lange, kommen Sie nur . . .“

**Gewerkschaftshaus-Lichtspiele**

Donnerstag und Freitag, 5 und 8 Uhr abds.:

## Ledige Mütter

Wenn ein Weib den Weg verliert

Erwerbslose, Kleinrentner, Arbeitslaval. b. 5.30 Uhr 25 Pf. Mit Besucherausweis 50 Pfg., ohne Ausweis 70 Pfg.

Grischka, bring den Kleinen Besen, der Rod muß abgeputzt werden. So ein Staub, man kann kaum atmen . . .“

„Ja, ja . . . eine große Trockenheit . . . deshalb ist's so staubig . . . bitte bemühen Sie sich nicht . . . ich werde nur . . .“ Großvater Grischka verneigte sich vor der noch immer nicht verlebenden Witschna, ging nach hinten, zur Scheune, und verschwand hinter der Getreidelochschiene.

„Gängst dich dem Alten an den Hals, dumme Gans!“ stürzte sich Pantelej Proloffjewitsch auf Witschna. „Er muß Wasser lassen, und du läßt ihm keine Ruh . . . Psst, wie töd du bist! . . .“

„Wie kommt' ich's ahnen!“ erwiderte Witschna verlegen.

„Das hättest du schon verstehen können! Nun geh, begleit' unsere Gäste!“

Trunkener Lärm stand um die gehedten Tische herum. Die Brauteltern wurden zum Tisch in die Stube geführt. Sehr bald erschien auch das junge Paar. Pantelej Proloffjewitsch kamen die Tränen, als er den Gästen Schnaps einschenkte.

„Auf das Wohl unserer Kinder, liebste Brauteltern, daß sie sich gut vertragen sollen . . . wie wir . . . und daß sie in Glück und Gesundheit ihr Leben . . .“

Großvater Grischka schenkte man ein bauchiges Gläschen voll Schnaps ein, die eine Hälfte schüttete man ihm in den Mund, die andere hinter den Stehragen der Uniform. Man stieß an, trank, trank, auch ohne anzustoßen. Ein Lärm wie auf einem Jahrmarsch stand im Zimmer. Der am äußersten Ende des Tisches sitzende welt-

läufige Verwandte der Korschunows, ein alter Kojal des Hetmanregiments, Nikifor Kolowejbin, hob die schwielige Hand in die Höhe und brüllte:

„Bitter!“

„Bitter . . .“ schrien alle Gäste.

Grigorij küßte strunzelnd die faden Lippen Nataljas und sah mit gehezten Blicken um sich.

Rote, siebrige Gesichter, trübe, trunken-gelbe Blicke. Schmakende Mäuler, von denen schnapddurchtränkter Speichel auf die gestickten Tischtücher triefte. Mit einem Wort — ein Trinktgelage.

Nikifor Kolowejbins podennarrige Frage grinst, er hob die Hand:

„Bitter! . . .“

„Bitter . . .“

Grigorij sah voller Haß auf das grimfende Maul Kolowejbins, dessen rote, speichelbedeckte Zunge beim Worte „bitter“ wie ein Köhrchen durch die Lücke zwischen den Zähnen heraussaß.

„Küßt euch doch, ihr Dummköpfe . . .“ riefte Piotr und bewegte die vom Schnaps feuchten Schnurrbartspitzen.

(Fortsetzung folgt.)

\*) Eine alte, russische Volksfeste: wenn während einer Hochzeit die Gäste „bitter“ rufen, müssen die Brautleute sich küssen.

Ein **Hennig-Creme** nach **Arbeitschluss** ist **stärkend** und ein **Hochgenuß!** Überall erhältlich!

**H. Hennig**  
Getreide-Dampfbrennerei  
Breslau 10

**Stadttheater Breslau**  
(Opernhaus)  
Spielplan vom 9. bis 15. Dezember 1929

Mittwoch, 20 Uhr  
Abonnements-Vorstellung Serie B 8  
**Strabinski's Abend:**  
Erstaufführung  
**Die Nachtigall**  
hierauf  
Erstaufführung  
**Reinhold Jachs**  
Donnerstag, 19.30 Uhr  
Abonnements-Vorstellung Serie E 8  
**Zahnwähler**  
und der **Sängertrief auf Wartburg**  
Freitag, 20 Uhr  
Abonnements-Vorstellung Serie C 8  
**Der Zigeunerbaron**  
Sonnabend, 20 Uhr  
**Der fliegende Holländer**  
Sonntag, 15.30 Uhr  
Nachm.-Vorstellung zu ermäßigten Preisen  
**Higoletto**  
Sonntag, 20 Uhr  
**Losca**

**Wandleihhaus Grundmann**  
Breslau, Trebnitzer Str. 21  
Verleihung v. Anzügen, Wäsche und Schmuckstücken

Nur **Qualitätsware** kaufen Sie sehr preiswert im **Schuhhaus Lewkowitz** Breslau, Schmiedlger Str. 25 und Klosterstrasse 85

**Oskar Baum**  
Breslau, Sternstrasse Nr. 77  
Ecke Hedwigstrasse  
Wäsche, Schürzen u. Kleider

**Aug. Maiwald & Söhne**  
Möbelmagazin  
Waldenburg, Kirchstr. 6a

DER **GROSSE BAZAR**  
Albert Marcus  
Ring 51/52 • BRESLAU • Ring 51/52

Die schönsten **Weihnachts-Geschenke** zu bekannt billigen Preisen!

**Wirtschaftswaren**  
**Spielwaren**  
**Lederwaren**  
**Geschenkartikel**

Es findet jeder etwas

**GROSSEN BAZAR**  
Albert Marcus  
Ring 51/52 • BRESLAU • Ring 51/52

Schweidnitz

Kurz-, Weiß- und Wollwaren Handarbeiten, Manufaktur Modewaren und Herren-Artikel

Georg Frauboes Ring 24 und Dresdener Str. 2

Lose der Preuss. Klassenlotterie und sämtlicher Privat-Lotterien E. Täuber, Staatliche Lotterie-Einnahme

Kauf Schuhe bei Gross Ring 10

Breslauer Konfektionshaus Ring 11884

F. Sewald Molkerei

empfehl. sämtl. Molkereiprodukte Wilhelmspl. 7, Ring 8 11408

Autohaus Max Seller Automobile, Motor- u. Fahrräder

Georg Eitel, Waaren- u. Optiker

E. Gallewilt Nachf. Spezialhaus für Geflügel, Wild, Vorfleisch, Spiel- und Lederwaren

Karl Brauner, Langstraße 45

H. Franke's Nachf. Kolonial-, Vogel-, Langstr. 11

Mag Dertel, Mühlentstraße 7

Hirschberg

Raja Ringe Dam., Mädchen-, Kinder- u. -Mädchen

Lebensmittel aller Art Erich Gessner

Pragerbrot, Frühstücksbrot, Markt 50

Schuhmacherei A. Heyduk Sand 14 89886

Erste Schreiberer Maschinenfabrik

Blumenhaus Grün Poststraße 6 11007

Ulbert Ludwig, Markt 60

sämtliche Lebensmittel H. Henkel Sand 19 89887

Felix Hartwig Greiffenberg Straße Nr. 42

Herren- und Damen-Salon Heinze Lichte Burgstraße 17 89885

Buchdruckerei E. Hausdorff

Möbel-Linke Schmiedeberg, Str. 22

Erich Seibt, Bahnhofstraße 65

Martin Sandmann Verlags- u. Buchhandlung

Berliner Partiewarenhaus

MIFA Fahrräder Nähmaschinen

Max Behrendt, Schildauer Straße 13

Muffens H. Feldmann, Schulstraße 6

Karl Sonntag Warmbrunner Str. 16 89883

Herren- und Junglingskonfektion

Vogel- und Futter-Handlung Böhme

Edel und Farben jeden Ton

Strümpfe Königsberger Wäsche

Grünauer Milchbaker

Kaufhaus Pinoff

G. Scharf, Warmbrunner Platz

Bade Dich gesund im Hedwigsbad

Gertrud Wille / Damenhüte

Gelungen und preiswert repariert

Carl Kiegers Nachf., Am Burggarten

Simon Sachs Leder

Central-Druckerei

Mat-Stroh 10 Markt

Stanz Krempel / Möbelmagazin

Brot-, Weiß- und Feinbäckerei

Karl Urnau, Hochstraße 25

Billige Bezugsquelle für gute Branntweine

Wollwaren / Herrenartikel

Hasso, Kipke-Biere

Brot-, Weiß- und Feinbäckerei

H. Tönsmann, Grabenstraße 1

Stiegher Nachf., Hochstraße 1

Erk Freige, Dampfbackerei

Rebitorer und Café

Freiburg Rich. Rothmann

Erich Dreisel, Landeshuter Straße 18

W. Wolff, Nikolaistraße 5

„Deutsches Haus“

Bernhard Seibel, Salsbrunner Straße 3

Kaufhaus Haule

Angst Feuber, Hauptstraße 24

W. Richter, Kochers Nachf.

Hermsdorf u. K. Alfred Hille

H. Ritter, Warmbrunner Straße 52

Nieder-Hermsdorf

Schmiedeberg I.R.

Gertrud Wille / Damenhüte

Carl Kiegers Nachf., Am Burggarten

Nieder-Salzbrunn

Stanz Krempel / Möbelmagazin

Landeshut

Abolf Hade, Waldburger Straße 6

O. Wolkenstein, Wittenstraße Nr. 4

Gustav Haade, Wittenstraße 13

Kaufhaus Gustav Eitel Nachf.

W. Richter, Kochers Nachf.

W. Richter, Kochers Nachf.

Paul Thömer, Markt 19

Uhren, Goldwaren Bruno Hoffmann

Ihre Bezugsquelle soll ständig sein

Kaufhaus Louis Frankenstein

Henry Tschentscher, Königstr. 4

Wilhelm Weinhold

Verlangt stets

„Berichtskreis“

H. Rappner, Dorfstraße 262

Erk Freige / Jaspallien

H. Rappner, Dorfstraße 262

W. Richter, Kochers Nachf.

Hermsdorf u. K. Alfred Hille

H. Ritter, Warmbrunner Straße 52

Nieder-Hermsdorf

Schmiedeberg I.R.

Gertrud Wille / Damenhüte

Carl Kiegers Nachf., Am Burggarten

Nieder-Salzbrunn

Stanz Krempel / Möbelmagazin

Paul Reich, Markt 9/10

Fugen Seyfer, Kornstraße 6

Erhard Alfred Rebb, Kornstraße 9

H. Rogiel, Liebauer Straße 2

Emil Giesler, Schleichstraße 5

H. Galkmann, Mühlentstraße 13

Carl Thömer, Markt 19

Uhren, Goldwaren Bruno Hoffmann

Ihre Bezugsquelle soll ständig sein

Kaufhaus Louis Frankenstein

Henry Tschentscher, Königstr. 4

Wilhelm Weinhold

Verlangt stets

„Berichtskreis“

H. Rappner, Dorfstraße 262

Erk Freige / Jaspallien

H. Rappner, Dorfstraße 262

W. Richter, Kochers Nachf.

Hermsdorf u. K. Alfred Hille

H. Ritter, Warmbrunner Straße 52

Nieder-Hermsdorf

Schmiedeberg I.R.

Gertrud Wille / Damenhüte

Carl Kiegers Nachf., Am Burggarten

Nieder-Salzbrunn

Stanz Krempel / Möbelmagazin

Hausfrauen! Euer Kolonialwaren-Konsum ist Carl Brücke, Ring 41